

(Vizepräsidentin Edith Müller)

(A) **Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1810 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, in der Tischvorlage die Ziffern 67 bis 92, hin.

Ich eröffne die Beratung zu Teilbereich

a) Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz

Als erstem Redner erteile ich Herrn Uhlenberg von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die, die hier bleiben! Der Einzelplan 10 ist ein Spiegelbild der Politik der Landesregierung. Er gibt falsche Antworten auf die Herausforderungen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum.

(B) Die Naturschutzpolitik ist vor dem Hintergrund neu zu bewerten, dass auch das Land Nordrhein-Westfalen die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes betrieben hat. Bei wesentlichen Richtungsentscheidungen werden die Akzente falsch gesetzt. Insbesondere sind die Zurückdrängung des Vertragsnaturschutzes und die Aufhebung der bundeseinheitlichen Ausgleichsverpflichtungen bei den Nutzungsbeschränkungen zu nennen. Diese Politik ist keine Stärkung für den Naturschutz, sondern hier werden die Konflikte verschärft. Das ist politisch wohl auch so gewollt. Es ist folgerichtig, dass auch der Agrarausschuss des Bundesrates beschlossen hat, den Vermittlungsausschuss anzurufen.

In der Forstpolitik kündigt die Landesregierung ohne Rücksprache mit dem Waldbauernverband die im Landesforstgesetz in § 6 verankerte Waldbrandversicherung. Um die Risiken der Öffnung des Waldes im Hinblick auf Waldbrände insbesondere im Privatwald abzusichern, regelte § 6 des Landesforstgesetzes, dass das Land für die Versicherung des Waldes wegen Brandschäden eine Beihilfe gewährt. Es ist unverantwortlich, dass sich das Land hier aus der Verantwortung stiehlt, ohne ein neues Konzept vorzulegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

(C) Die widersprüchlichen Aussagen von Staatssekretär Dr. Griesse in der Ausschusssitzung am 29. November machten dies deutlich. Den Waldbauern, denen das Wasser bis zum Hals steht, werden ohne ein Wort der Information zusätzliche Belastungen aufgebürdet. So etwas ist nur in Nordrhein-Westfalen möglich. Dies war ein zugesagter Ausgleich für das Waldbetretrungsrecht, das in den 70er-Jahren politisch auf den Weg gebracht worden ist.

Planungssicherheit ist auch für die Zukunft der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen notwendig. Das Kabinett erklärt, dass es ab dem Jahre 2005 keine neuen Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen mehr gibt. Gleichzeitig, Frau Höhn, teilen Sie aber der Stadt Lippstadt mit, dass die nächste Landesgartenschau im Jahre 2007 im Regierungsbezirk Arnsberg stattfindet. Haushaltsmittel werden in diesem Jahr nicht zur Verfügung gestellt, obwohl das sonst, was die zeitliche Vorgabe angeht, üblich war. Es herrscht bei den Städten, die sich um die Landesgartenschau bewerben, eine große Verunsicherung.

(D) Wir als CDU-Fraktion haben zu diesem Thema einen Antrag eingebracht. Ich bitte um Zustimmung. Damit wäre auch die Verunsicherung der an der Landesgartenschau interessierten Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen beendet.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushaltsentwurf 2002 enthält wie der Haushaltsplan 2001 keinen Ansatz, die BSE-Folgekosten mit Landwirten und Schlachtunternehmen zu teilen. In keinem anderen Flächenland wird so gehandelt. Die Begründung: Das könnte ja zu einer finanziellen Entlastung der Schlachtunternehmen führen. Wörtlich wurde im Ausschuss gesagt: "Die machen sich ja die Taschen voll."

Das ist der Beitrag der Landesregierung zur Bereinigung der Schlachthofstruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Kleinbetriebe trifft es am härtesten - es gab mal Zeiten, da haben sich die Grünen um diese Betriebe gekümmert, aber dies sind offensichtlich die falschen Betriebe -, ganz zu schweigen von den Belastungen der Rinderhalter, die am unteren Ende der Einkommensskala liegen. Ihr Pech ist es, dass ihre Betriebe in Nordrhein-Westfalen liegen. In anderen Bundesländern wird auch da geholfen.

Ihre Kürzungen bei den Landwirtschaftskammern, Frau Ministerin, setzen Sie auch 2002 fort. Etwa

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) 75 % der Kammerausgaben sind Personalausgaben. Ich glaube, das ist Ihnen bekannt. Bei keiner anderen Organisation, die von Ihnen gewollt ist oder die Sie im Laufe Ihrer Amtszeit ins Leben gerufen haben, ist ein solcher Vorgang vorstellbar.

Für eine überflüssige und umstrittene Werbekampagne machen Sie für zwei Jahre mal eben 8 Millionen DM locker und geben sie aus. Dafür ist von heute auf morgen Geld vorhanden. Die Kammern ziehen daraus nun die Konsequenz und fusionieren. Ich glaube, das ist richtig. Die CDU-Fraktion wird darauf achten, dass bei dem neuen Kammergesetz die Unabhängigkeit der Kammern gewahrt bleibt und die Selbstverwaltung gestärkt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Landwirtschaftskammern haben einen wesentlichen Anteil daran, dass Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 50 Jahren zum dritt wichtigsten Agrarland der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. Ihre neue Agrarpolitik, Frau Höhn, schwächt mit der neuen Bauordnung, dem Artikelgesetz, der Schweinehaltungsverordnung, der Modulation und vielen anderen Dingen die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

- (B) Es geht aber nicht nur um Inhalte, sondern auch um den Stil Ihres Hauses. Dass Briefe von Abgeordneten nach Monaten oder gar nicht beantwortet werden, daran haben wir uns fast gewöhnt. Sie laden Verbände zu Anhörungen in den Landtag ein wie z. B. zum Sauenhaltungserlass, aber die Güte, den Beteiligten einen Entwurf vorzulegen, über den konkret gesprochen werden kann, haben Sie nicht. Es findet ein allgemeiner unverbindlicher Gedankenaustausch statt, und die Beteiligten haben nicht das Gefühl, dass ihre Argumente irgendetwas bewirken.

(Beifall bei der CDU - Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist Arroganz der Macht in Reinkultur und ein Ausdruck dafür, dass Sie zu dem Teil der Grünen gehören, die einen solchen Weg beschreiten. Vielleicht hängt das auch mit dem neuen Stil in Ihrem Ministerium zusammen: Herr Prof. Schumacher geht, Herr Knitsch kommt. Seitdem hat sich vieles verändert.

Was den Schweinehaltungserlass angeht, ist unsere Position bekannt. Wir wünschen der Kollegin Schmid viel Erfolg, eine Verbesserung dieses Er-

lasses herbeizuführen. Die SPD wird aber nur dann Erfolg haben, wenn sich auch der Ministerpräsident für diesen Erlass interessiert. Der Ministerpräsident des dritt wichtigsten Agrarlandes - ich habe eben schon darauf hingewiesen - muss nun endlich sein Desinteresse an der Landwirtschaft beenden. Auch ein SPD-Ministerpräsident ist durch seine Vereidigung dem ländlichen Raum gegenüber verpflichtet, auch wenn es noch so schwer fällt.

(Beifall bei der CDU)

Immer mehr Landwirte sind inzwischen der Auffassung, dass die Schikanen des Hauses Höhn gegen die konventionelle Landwirtschaft, die in Nordrhein-Westfalen 95 % ausmacht, mit Billigung von Clement stattfindet. Ein Ergebnis dieser Politik ist, dass die Betriebe trotz guter Ergebnisse im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nicht mehr investieren. Lagen die durchschnittlichen Investitionen in den vergangenen Jahren bei 25.000 DM pro Betrieb, so sind sie auf 5.000 DM abgesackt, weil die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene und in Nordrhein-Westfalen nicht stimmen. Wenn die landwirtschaftlichen Betriebe - das ist in der Landwirtschaft nicht anders als in der Industrie - den Anschluss verlieren, sind sie nicht mehr wettbewerbsfähig. Frau Höhn, beenden Sie Ihre Politik gegen die Landwirtschaft und gegen den ländlichen Raum. Benutzen Sie nicht weiter BSE und MKS, um eine falsche Agrarpolitik zu begründen.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: In Sachen Qualität und Sicherheit der Nahrungsmittel darf es keine Kompromisse geben. Auch die Landwirte müssen hier auf der sicheren Seite sein. Ich verweise auf den Verbraucherschutzantrag der CDU-Landtagsfraktion, in dem wir hierzu klare Aussagen gemacht haben, von denen wir nichts zurücknehmen, auch nicht Ende des Jahres 2001.

Einige Beispiele: Sämtliche BSE-Risikomaterialien müssen aus der Nahrungskette dauerhaft entfernt werden. Die Liste der Risikomaterialien muss ständig dem Stand der wissenschaftlichen Diskussion angepasst werden. Arzneimittel dürfen nur unter tierärztlicher Kontrolle und tierärztlicher Verantwortung verabreicht werden. Wir brauchen eine entsprechende europaweite Verschärfung des Tierarzneimittelrechts. Alle Inhaltsstoffe von Futtermitteln müssen vollständig und verständlich deklariert werden. Tiermehl, Fischmehl und Tierfette müssen aus der Futtermittelproduktion ent-

(C)

(D)

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) fernt werden. Im Hinblick auf Tiermehl bleibt unsere Position klar und deutlich. Eine erneute Diskussion zu dieser Zeit hätte wieder einen Vertrauensverlust der Verbraucher gegenüber Fleisch zur Folge.

Die Landesregierung hat die CDU-Fraktion auf ihrer Seite, wenn es um die Qualität der Lebensmittel geht. Wenn die BSE-Vorfälle aber missbraucht werden für eine grüne Agrarpolitik, die mit Ausnahme der grünen Fraktion hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen keiner für richtig hält, bleibt unser erbitterter Widerstand.

Frau Höhn, Sie sind jetzt sechs Jahre im Amt. Zu Beginn Ihrer Amtszeit gab es zumindest bei den Landfrauen Wohlwollen. Das haben Sie nun auch verspielt. Ich möchte nur einige wenige Sätze zitieren aus einem Brief der Vorsitzenden des Westfälisch-Lippischen Landfrauenverbandes, Frau Elsbeth Bernsmann, vom Juli dieses Jahres an Sie:

"Frau Höhn, Sie haben auf der letzten Kundgebung der westfälischen Bäuerinnen und Bauern in Münster in Ihrem Statement festgestellt - wörtlich -: 'Ich weiß, dass die Bauern nicht zur Klasse der Gutverdiener gehören.' Wohl wahr!"

(B)

Und Frau Bernsmann weiter:

"Wenn dies ehrlich gemeint war und nicht nur eine Besänftigungsfloskel, dann verstehen wir nicht, warum die wirtschaftliche Existenzsicherung unserer Familien so wenig Berücksichtigung in Ihrer Politik findet. Wir können nicht alle"

- so die Vorsitzende der Landfrauen weiter -

"in den Landfrauenservice einsteigen und mit Partyservice oder Gästeführungen ein Zubrot verdienen. Wir sind landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Bäuerinnen aus Passion. Wir brauchen in Ihnen, Frau Höhn,"

- so schreibt Frau Bernsmann schließlich -

"eine Agrarpolitikerin in Nordrhein-Westfalen, die uns zuhört und nicht an uns vorbei agiert."

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Uhlenberg, Ihre Redezeit ist beendet. Bitte kommen Sie zum Schluss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Eckhard Uhlenberg (CDU): Frau Präsidentin, ich bin sofort fertig. (C)

"Der Vorschriften- und Auflagendruck entnervt zunehmend. Die Gespräche am Familientisch sind von Frust geprägt. Unter solchen Bedingungen mache ich es nicht mehr, sagen uns die Kinder. Die Kraft unserer Bäuerinnen ist nicht unerschöpflich."

Ein Brief an Sie, Frau Höhn.

Sie sollten diesen Brief beantworten. Zumindest sollten Sie aber die Stimmen der Bäuerinnen in Nordrhein-Westfalen ernst nehmen und Ihre Politik ändern. Die CDU-Fraktion lehnt den Einzelplan 10 ab. Ich bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen, die wir im Fachausschuss begründet haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Uhlenberg. - Für die Fraktion der SPD hat Frau Schmid das Wort. Bitte schön.

Irmgard Schmid (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten jetzt den Einzelplan 10 - Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz. Ich möchte kurz einen Rückblick auf die Beratungen zum Haushalt 2001 vornehmen. Wir waren von der BSE-Krise geschüttelt, wir haben vielfältige Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ergriffen, und zwar fraktionsübergreifend, und ihnen zugestimmt. Die Maßnahmen und Kriterien, die damals erarbeitet wurden, gelten auch für den Haushalt 2002 und dessen Umsetzung. (D)

Wir waren uns einig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher Anspruch auf gesunde und unbelastete Nahrungsmittel haben. Es ist inzwischen sichergestellt, dass nach menschlichem Ermessen BSE-Risikomaterialien nicht mehr in die Ernährung kommen. Es ist durch staatliche Kontrollen und Zertifizierung gesichert, dass Nahrungsmittel ohne Gesundheitsgefährdung verzehrt werden können. Es ist eingeleitet, dass durch die so genannte gläserne Produktion im Zusammenspiel von Erzeuger bis Verbraucher Lebensmittel transparent werden.

Wir haben einen Agrarhaushalt in den Fachausschüssen beraten und werden ihn gleich beschließen.

(Irmgard Schmid [SPD])

- (A) ßen, der unter den gegebenen Voraussetzungen nicht alle Wünsche erfüllt; das sage ich deutlich. Doch selbst in schwieriger finanzpolitischer Situation ist es möglich, die unabhängige Verbraucherberatung mit zusätzlichen Millionen auszustatten, damit Verbraucheraufklärung gestärkt wird.

Durch die Haushaltsansätze soll auch der Öko-Landbau gestärkt werden. Doch hier sage ich noch einmal ganz deutlich: Es muss die Nachfrage angekurbelt werden, wenn die Betriebe, die auf Öko-Landbau umstellen, auch eine Existenz haben sollen. Durch Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, dürfen bestehende Öko-Betriebe nicht gefährdet werden. Nur wenn die Nachfrage stimmt, wird sich auch das Angebot ausweiten. In Übereinstimmung mit Ihnen allen dürften das dann nicht nur 10 oder 20, sondern sogar 50 % sein, wenn die Verbraucher das so wollen.

Gerade unter dem Aspekt der Haushaltsansätze zu diesem Bereich verspreche ich Ihnen allen, dass wir den Haushaltsvollzug des Jahres 2001 im Hinblick darauf unter die Lupe nehmen werden, wie die Mittel abgerufen wurden, um daraus Konsequenzen zu ziehen.

- (B) Ich erinnere an Beschlüsse im Sommer dieses Jahres hier im Landtag. Darin wurden Grundsätze festgestellt, die eine nachhaltige Landwirtschafts- und zukunftsweisende Verbraucherpolitik sicherstellen sollen. Dazu einige Auszüge aus dem Antrag von SPD und Bündnisgrünen vom 12. Juni 2001. Sie sind unvollständig, aber es sind für mich wichtige Aspekte, die wir im Haushaltsvollzug 2002 beachten werden.

Ich zitiere aus dem Antrag:

"Ein nachhaltiger Verbraucherschutz und eine nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik erfordern schnell eingeleitete und langfristig wirksame Maßnahmenpakete.

Die erforderlichen Maßnahmen sind im Dialog mit den jeweiligen Akteuren zu erarbeiten.

Die Umsetzung einer nachhaltigen Landwirtschafts- und zukunftsweisenden Verbraucherpolitik erfordert abgestimmte Maßnahmen in Produktion, Überwachung und Verbraucherinformation.

Fairer Wettbewerb setzt gleiche Wettbewerbschancen voraus.

Neben der Ausweitung des ökologischen Landbaus, der Förderung der artgerechten Tierhaltung und der regionalen Vermarktung ist eine Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft voranzutreiben.

Vorhandene Betriebe sind unabhängig von Produktionsweise und Betriebsgröße bei der notwendigen Umstellung zu unterstützen."

Daran fühlen wir uns gebunden. Das ist für uns kein Weg zurück in die Steinzeit, wie es manchmal formuliert wird.

Wir haben im vergangenen Jahr über Veränderungen in der Agrarpolitik diskutiert. Zu der so genannten neuen Agrarpolitik einige Grundsätze:

Neue Agrarpolitik braucht nach Auffassung der SPD-Fraktion Dialog. Neue Agrarpolitik braucht nach Auffassung der SPD-Fraktion Kooperation. Eine neue Agrarpolitik braucht nach Auffassung der SPD-Fraktion Konsens. Und eine neue Agrarpolitik braucht kluge politische Entscheidungen, damit die Wettbewerbsposition aller Zweige der Land- und Forstwirtschaft mit Hunderttausenden von Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich gesichert und verbessert werden.

Das sind die Grundsätze, an die wir uns auch zum Haushalt 2002 halten werden. Bei allen Veränderungen, die notwendig sind, gilt: Wer sich zu schnell wendet, kann sich dabei leicht den Hals brechen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Schmid. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Becker das Wort.

Felix Becker (FDP): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Afghanistan-Abstimmung im Bundestag, bei der die Grünen nach dem Motto "vier aus acht" auch noch ihren pazifistischen Anspruch in den Wind verlost haben, verbleibt ihnen als letzter Aktionsraum nur noch Verbraucherschutz sowie Agrar- und Umweltpolitik.

Sie, Frau Ministerin Höhn, haben von der Achse Düsseldorf-Berlin-Brüssel gesprochen. Im Einzel-

(C)

(D)

(Felix Becker [FDP])

- (A) plan 10 ist diese grüne Achse als Brechstange offenkundig geworden.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Brechstange schüren Sie diffuse Verbraucherängste und schicken viele Bauern in unserem Land in die Existenzkrise.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Damit gefährden Sie die Landwirtschaft unseres Landes als tragende Säule des ländlichen Raumes. Sie beschleunigen den Strukturwandel. Schon ist spürbar, dass potenzielle Hofnachfolger der Landwirtschaft den Rücken kehren, weil Ihre ideologische Vorgehensweise wider jede Agrarökonomie der Landwirtschaft die Perspektive raubt. Was sollen Junglandwirte auch anderes tun, wenn sie sehen, dass sich bereits der wissenschaftliche Beirat von Ihrer politischen Schwester, der Frau Künast, resigniert abwendet, weil man in grüner Agrarpolitik nur eine Sackgasse sieht? Ideologisch motiviert und Ihre eigentliche Absicht, Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft zu einer Unterabteilung des Naturschutzes zu machen, suchen Sie beim Verbraucher - wer immer das auch sei - Bündnispartner. Weder Sie, Frau Höhn, noch Frau Künast zitieren das Lebensmittelmonitoring des Bundes und der Länder, das unseren Nahrungsmitteln eine sehr gute Qualität bescheinigt.

(B)

Sie klären den Verbraucher auf. Hierfür weist der Einzelplan 10 nennenswerte Mittel auf. Sie sagen dem Verbraucher aber nicht, dass weltweite Gesundheitsstatistiken Deutschland einen guten Gesundheitszustand bescheinigen, eine sehr hohe Lebenserwartung im Weltvergleich attestieren und außerdem auch noch darauf hinweisen, dass die Lebenserwartung in unserem Lande permanent steigt. Sie sagen es deshalb nicht, weil diese Fakten keineswegs den Rückschluss erlauben, unsere Lebensmittel seien so schlecht, wie Sie es den Leuten einreden. Die Statistiken belegen, dass Ihre Qualitätsargumente aus der Luft gegriffen sind.

Natürlich sind BSE und MKS gravierende Probleme, bei deren Bekämpfung wir Liberale Sie unterstützen und auch unterstützt haben. Im Einzelplan 10 haben Sie darauf aber kaum reagiert. Sie haben die Rindermäster im Stich gelassen. Unseren entsprechenden Haushaltsantrag haben Ihre Parteifreunde abgelehnt. Sie, Kolleginnen und

- Kollegen von der SPD, haben das mit abgelehnt, wenn auch mit koalitionären Schmerzen, falls mich das Agieren verschiedener Kolleginnen und Kollegen der SPD nicht allzu sehr getäuscht hat. (C)

Wir als FDP sind natürlich für Tierschutz. Tiere sind keine Maschinen, aber wir müssen sie nutzen. Wir meinen, dass Tierschutz auf belegbare Ergebnisse vergleichender Verhaltensforschung gestützt werden muss. Sie, Frau Höhn, hampeln mit Gummimatten und Sekundenzeigern herum. Das muss sich ändern.

Tierschutz muss ethisch begründet, aber auch ökonomisch machbar sein. Eine Verschärfung neuer EU-Vorschriften im nordrhein-westfälischen Höhnschen Alleingang nützt weder dem Tierschutz noch dem Verbraucherschutz noch der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Ethisch vorzugehen ist Ihr Anspruch, Frau Ministerin. Sie verwechseln aber Ethik mit Ihrem Parteiprogramm.

Wenn ein Fleisch verarbeitender Betrieb betrügerisch am Kochschinken manipuliert, dann ist das sicherlich unververtretbar. Wir Liberale sind auch durchaus bereit, darüber nachzudenken, hier Ross und Reiter zu nennen. Wenn Sie aber, Frau Höhn, öffentlich - das las ich im letzten Sonntagsblättchen - dazu auffordern, dass die Konkurrenten sich gegenseitig "anschießen sollen", dann tragen wir so etwas nicht mit. Diese Kiste wollen wir nicht aufmachen. Wir wollen kein Denunziantentum fördern. Der größte Lump im ganzen Land ist immer noch der Denunziant. Eine solche Politik können wir nicht mittragen. (D)

Der frühere Sprecher der katholischen Kirche beim Land hat Ethik als einen Vorgang bezeichnet, der im Konsens zur Akzeptanz führt. Wer Denunziantentum fördert oder Bauern mit Karacho gegen die Wand fahren lässt, wenn sie nicht das tun, was Grüne wollen, der hat ethische Ansprüche verwirkt, der meidet Konsens und baut auf Konfrontation oder auf pure Macht.

Die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen sind für viele attraktive Ausbildungsstätten. Fast ausnahmslos sind es mittelständische Betriebe. Zusammen mit dem vor- und nachgelagerten Bereich stellen sie einen Wirtschaftssektor dar, der in seiner Bedeutung oft unterschätzt wird. Er rangiert noch vor der Textilindustrie.

(Felix Becker [FDP])

- (A) Der Herr Ministerpräsident und der Herr Wirtschaftsminister haben einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik - weg von Großstrukturen und hin zum Mittelstand - postuliert. Mit dem Versprechen, die auf dem Mittelstand unverändert lastende Bürokratie zu mindern, haben Sie versucht, hier Zustimmung zu finden.

Im Agrarbereich - das ist auch ein Mittelstandsbereich - ist aber vom Bürokratieabbau nichts zu sehen. Im Gegenteil: Die schlimmsten Befürchtungen treten tagtäglich in Form neuer Erlasse und Verordnungen ein. Die Art und Weise, wie der Mastschweineerlass zustande gekommen oder wie das so genannte Artikelgesetz in Nordrhein-Westfalen umgesetzt worden ist, schreckt ab. Misstrauen macht sich breit.

Dem Ernährungsausschuss haben Sie, Frau Ministerin, mitgeteilt, bei der Umsetzung des Artikelgesetzes sei es zu Missverständnissen gekommen. Das sind keine Missverständnisse, sondern das sind Missverhältnisse. Sie haben hier die Aufsichtspflicht verletzt. Statt ein StUA aufwendige Unterlagen - wie für Industrieanlagen - an landwirtschaftliche Familienbetriebe zusenden zu lassen, hätten Sie die Landwirtschaftskammern oder andere Behörden angepasste Musterunterlagen erst einmal erstellen lassen können. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn Sie im Bundesrat dem Artikelgesetz nicht positiv gegenübergestanden hätten.

(B)

Wir Liberale begrüßen das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für Natur- und Landschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen engagieren. Das ist in weiten Teilen positive Naturschutzlobby. Die Naturschutzverbände haben steigende Mitgliederzahlen und damit steigendes Finanzvolumen. Sie können sich mittlerweile hauptamtliches Personal leisten. Wir meinen, dass sich niemand dem Sparzwang entziehen darf. Die Förderung der gemeinsamen Geschäftsstelle und von Grunderwerb zu Naturschutzzwecken muss deshalb auch überdacht werden.

Die "Zeit" berichtete ausführlich von einem Papier der Naturschutzverbände, das mit Rücksicht auf die Seelenverwandtschaft zu Höhn und Künast zunächst einmal verschlossen gehalten wird. Darin wird die Agrarpolitik von Rot-Grün bzw. von Grün kritisiert, weil dadurch nicht nur die Umwelt hierzulande gefährdet, sondern der Marktzugang aus der Dritten Welt auf unseren Agrarmarkt erschwert werde. Diese Argumentation wird Sie,

Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, noch einholen. Öko-Imperialismus war hier ein Schlagwort, und Öko-Imperialismus passt nicht zu dem Eine-Welt-Gedanken, dem Sie sich so gerne verpflichtet fühlen.

(C)

Wenn bei der WTO nicht nur über Zölle, sondern auch über Soziales und Umwelt verhandelt wird, dann begrüßen wir das. Aber zu hoffen, dass sich Höhnsche und Künastsche Standards weltweit durchsetzen bzw. Akzeptanz finden, ist illusorisch.

Meine Damen und Herren, Sie von der Koalition haben unsere Anträge zum Einzelplan 10 abgelehnt - teilweise aus Koalitionsrason, wie man beim Verhalten der Kolleginnen und Kollegen der SPD absehen konnte. Vermutlich werden Sie das jetzt wieder tun. Eine Agrarpolitik nach dem Motto "NRW-Naturidylle - viel mehr Mist und keine Gülle" können wir nicht mittragen. Wir lehnen den Einzelplan 10 ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Becker. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Priggen das Wort. Bitte schön.

(D)

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Becker, Herbert Wehner hat im Bundestag einmal in Kommentierung einer Rede gesagt: "Quatsch, quätscher, am quätschestens. "Wenn er das gehört hätte, was Sie eben zur Landwirtschaft gesagt haben, dann hätte er bestimmt noch eine vierte Steigerungsform gefunden. Ich gehe gleich in ein paar Punkten noch einmal darauf ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu Ihrem ersten Beispiel: Das, was Sie zur Schinkenpanscherei soeben gesagt haben, haben wir lange im Ausschuss besprochen. Es gibt hier eine ganz eindeutige Rechtsprechung. Firmen sind erwischt worden, die gepanscht haben. Das ist nicht korrekt. Aber es ist nicht lebensmittel- und nicht gesundheitsgefährdend; denn Produkte sind mit minderwertigen Waren versetzt worden.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

(Reiner Priggen [GRÜNE])

- (A) Es gibt ein Birkel-Urteil. Das Land Baden-Württemberg ist zu Schadensersatz in Höhe von zig Millionen verurteilt worden, weil es eine Firma benannt hat. Das, was dort gemacht wurde, war aber nicht gesundheitsschädigend. Das heißt: Es gibt eine klare Rechtsgrundlage, sodass die Landesregierung hier an der Stelle einzelne Firmen nicht benennen darf.

Richtig ist, nach vorne zu schauen und das Verbraucherinformationsgesetz so zu ändern, dass man es benennen kann. So zu tun, als ob die Ministerin gegen bestehende Urteile mit dem Risiko auf zig Millionen Schadenersatz Firmen benennen könnte, ist einfach nicht redlich. Das ist nur ein Beispiel,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

genauso wie Ihr Lippenbekenntnis zum Tierschutz. Auf der einen Seite tun Sie so, als sei die FDP für Tierschutz, und wenn wir dann über Käfighaltung von Hennen reden, dann sind sie wieder auf der anderen Seite. Auf solche Lippenbekenntnisse können wir verzichten. Mit Ihnen kommen wir da keinen Millimeter weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Herr Uhlenberg, wenn Sie den Haushalt als Spiegelbild einer falschen Landwirtschaftspolitik bezeichnen, dann, finde ich, ist Ihre Rede Spiegelbild für eine falsche CDU-Landespolitik, aber der Haushalt ist an der Stelle vernünftig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ganz kurz erwähnen: Wir haben hier vor einem Jahr über den Landwirtschaftshaushalt diskutiert und in der Folge von Januar bis März eine Debatte gehabt, in der sich einige von Ihnen nicht getraut hätten, die Argumente, die Sie jetzt hier nach vorne schieben, zu bringen.

Wir haben vor einem Jahr die ersten BSE-Fälle in der Bundesrepublik gehabt. Die Landwirtschaft und die Verbraucherinnen standen wie unter einem Schock. Als wir die BSE-Fälle Anfang des Jahres durch hatten, kam die Maul- und Klauenseuche in England mit fürchterlichen Bildern von Scheiterhaufen, von verbrennenden Tieren in freier Landschaft mit riesigen Rußwolken, und es gab Grenzübergangssperren, Kontrollen von Bauern, es gab Vorbereitungen auf mögliche Schadensfälle, die aber zum Glück für uns alle nicht eingetreten sind. Das war ein Szenario, bei dem alle

- auch Sie in Ihren Anträgen -, diskutiert haben, (C) dass sich grundsätzlich in der Agrarpolitik etwas ändern müsse.

Ein Stück weit finde ich das immer merkwürdig: Die einen müssen es - zu Recht - machen, und die anderen schauen dann, dass die Zeit vorbei geht, und dann trauen sie sich und kommen wieder hoch mit ihrer alten, rückwärts gewandten Politik. Dazu kann man nur sagen: Zum Glück gibt es eine Landesregierung, eine Bundesregierung, die nicht derartig wankelmütig vorgehen, sondern in ihrer politischen Linie eine Konsistenz haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will noch etwas hinzufügen: Sie beschreiben hier immer die katastrophale ökonomische Situation. Wenn Sie dabei ein wenig redlicher wären und das nicht alles nur der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und der Einnordung der Truppen an der Stelle diene, dann müsste man so, wie es das "Westfälische Wochenblatt" gemacht hat, sagen: Die Betriebsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe in diesem Jahr in Westfalen-Lippe liegen um rund 60 % netto über dem Wirtschaftsergebnis vom letzten Jahr.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: 14 %!)

Das heißt, es gibt eine ökonomische Situation, die zum Glück - und wir gönnen allen Leuten ihr wirklich verbessertes Einkommen - deutlich besser ist, als das, was Sie immer wieder an Stimmung verbreiten.

Das sind Ihre Zahlen aus dem Wochenblatt und keine, die aus dem Ministerium oder von uns kommen. Ich berufe mich also auf Ihre eigenen Zahlen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist ja schon einmal gut!)

Die Frage ist doch: Welche Konsequenzen sind aus der gesamten Diskussion, aus all den Schadensfällen und aus der Strukturdebatte zu ziehen. Dabei kommt ein Wort in Ihren Beiträgen überhaupt nicht vor. Wir haben eine neue Kraft, die in der Gesamtdiskussion um Landwirtschaft anders wahrgenommen wird und wahrgenommen werden muss, wenn sie eine Chance nach vorne haben soll. Das sind die Verbraucherinnen und Verbraucher, die nicht mehr bereit sind, bestimmte Praktiken zu akzeptieren und mit bestimmten Täuschungen hinters Licht geführt zu werden. Diese

(Reiner Priggen [GRÜNE])

- (A) Diskussion der Verbraucherinnen, die sich einmischen werden, die mit dem Portemonnaie beim Einkauf abstimmen, erlaubt keine Rolle rückwärts zu Zuständen vor BSE. Die Worte, die im Frühjahr gebraucht worden sind, werde nicht vergessen werden. Und es geht bei den Verbrauchern nicht mehr um die Grundsatzfrage, die über 40 Jahre lang nach dem zweiten Weltkrieg die Diskussion beherrschte: Haben wir ausreichend Lebensmittel? Kann uns die Landwirtschaft diese zur Verfügung stellen? - Das ist zu Ende. Nun wird diskutiert: Haben wir Lebensmittel, die wirklich gesund und qualitativ hochwertig sind, sodass ich als Verbraucher und Verbraucherin keine Angst haben muss, wenn ich sie genieße.

In dem Zusammenhang hat die Ministerin auch gesagt - das will ich nicht bestreiten -: Auch die Lebensmittel aus konventioneller Landwirtschaft sind gesundheitlich in Ordnung und nicht zu beanstanden. Das bestreite ich überhaupt nicht. Trotzdem müssen Sie zur Kenntnis nehmen - gerade die Folgen von BSE haben das gezeigt -: Wir haben an die Hundert Todesfälle in England, mehrere in Frankreich. Zum Glück haben wir hier bisher keinen. Sie alle haben aber deutlich gemacht, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen vor bestimmten Praktiken, die in der Landwirtschaft üblich waren, sehr wohl zu Recht Angst hatten, auch wenn das in der medialen Zuspitzung überzeichnet war; da gebe ich Ihnen auch Recht. Aber es war an der Stelle eine begründete Angst. Die bekommen Sie aus der Debatte nicht weg.

- (B) Es stellt sich also nicht mehr die Frage: Sind genügend Lebensmittel da? Sondern die Frage lautet: Ist die Qualität gut und ist sie so sicher, dass ich die Lebensmittel mit Vergnügen und Genuss und ohne Risiken essen kann.

Es ist auch völlig klar: Die alten Praktiken der Täuschung, der nicht offenen Deklaration und ähnliche Sachen sind nicht mehr zu machen. Die Verbraucherinnen akzeptieren das nicht, und sie akzeptieren auch nicht den Medikamenteneinsatz, so wie er in der Vergangenheit landwirtschaftliche Praxis war. Diese Diskussion führen wir auch im Ausschuss. Das wird in Zukunft anders werden müssen.

Die Verbraucher und Verbraucherinnen - das ist auch ein Punkt; Herr Becker sagt zum Tierschutz ja, und wenn es konkret wird, ist er nicht mehr da - akzeptieren keine tierquälerische Tierhaltung. Es ist doch ein Armutszeugnis, dass nach der

- (C) Diskussion über die gute fachliche Praxis die Hühnerhaltung nicht geändert worden ist. Das Bundesverfassungsgericht musste dem Fachstand erst zeigen, wie es nicht mehr geht. Daraufhin hatten wir eine Debatte, die im Bundestag zum Glück jetzt auch abgeschlossen ist. In gleicher Form haben wir sie bei Verbrauchern und Verbraucherinnen über Schweinehaltung. Wir werden Sie ebenfalls über Putenhaltung bekommen. Wer sich darauf nicht einstellen will und meint, dass er hier mit alten Diskussion bestehen kann, leistet den Landwirten in Wirklichkeit einen Bärendienst.

Dann gibt es ein ganz beliebtes Spiel: Es werden falsche Alternativen aufgebaut, um an der Stelle notwendige Veränderungsprozesse zu blockieren. Das ist dann die Debatte über Groß und Klein und die Debatte über den Lieblingsfeind - konventionell oder öko. Auch das ist aus meiner Sicht nur ein Vorwand, weil man nicht bereit ist zu akzeptieren, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher sehr wohl ein höheres Maß an Qualität mit einem höheren Preis zu zahlen bereit sind.

Das ist natürlich schwer auszuhalten, aber es ist real so. Ich verstehe nicht, warum Sie nicht offensiv die Chance ergreifen und an der Stelle mit einer Entwicklung des ökologischen Landbaus die Bereitschaft, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben, positiv aufgreifen, um die Einkommenssituation weiter zu verbessern.

Das ist Ziel der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Das findet sich aus meiner Sicht vernünftigerweise auch im Haushalt wieder. Dass wir an der Stelle nicht dem folgen, was von der CDU und der FDP beantragt worden ist, nämlich die Infokampagne über ökologischen Landbau auf Null zu setzen, ist völlig klar. Wir müssten verrückt sein, wenn wir nicht die Einkommensmöglichkeiten, die in dem Bereich zur Verfügung stehen, ausnutzten. Dass wir ebenfalls nicht darauf eingehen, wie von CDU und FDP beantragt, den ökologischen Landbau um rund - so die einen - 10 Millionen oder um 11 Millionen - so die anderen - zu kürzen, um eine weitere Entwicklung der Betriebe nach Antragslage unmöglich zu machen, versteht sich aus meiner Sicht auch von selbst.

(D) Wir haben zum Beispiel in der Eifel sehr erfolgreiche Bemühungen in der Umstellung von Milchbetrieben, die sich mit Vertragsnaturschutz auf eine vernünftige Basis gestellt haben. Herrn Professor Schumacher, den Sie vorhin schon einmal

(Reiner Priggen [GRÜNE])

- (A) erwähnt haben, sei ausdrücklich noch einmal gedankt für das, was er dem Ausschuss dort gezeigt hat. Das ist eine sehr erfolgreiche Linie.

Wenn alle diese Betriebe jetzt auf ökologische Milchwirtschaft umsteigen, verbessert das deren ökonomische Grundlage. Das ist die Linie, die wir fahren müssen. Dafür brauchen wir Haushaltsmittel. Wenn Sie dies kaputtmachen wollen, ist das Ihre Sache. Wir werden das nicht mittragen.

Den Punkt BSE-Test-Kosten haben wir lange diskutiert. Darüber gibt es einen Konsens in der Koalition. Wir können die Kosten für BSE-Tests nicht aus Steuermitteln übernehmen. Wir können das einfach nicht tun. Sie mögen da populär einfach 8 Millionen DM beantragen, aber wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass der Rindfleischabsatz mittlerweile wieder auf dem Stand wie vor einem Jahr ist, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Verbraucherpreise höher sind. Wenn die Landwirte weniger bekommen, verschwindet irgendwo zwischen den Landwirten, der verarbeitenden Industrie und den Verbrauchern die vorhandene Marge. Dies aus Steuermitteln auffangen zu sollen, ist nicht zu vertreten. Deswegen weisen wir diesen Antrag zu Recht ab.

- (B) Ich freue mich an dieser Stelle, dass es auch einige Anträge zum Haushalt gibt, die wir im Landwirtschaftsausschuss einstimmig über alle vier Fraktionen hinweg tragen. Das ist zum einen ein Antrag auf Gewährung von Zuschüssen für Investitionen an private Unternehmen. Gemeint sind die Tierheime, die infolge der Praxis des Aussetzens von Hunden erhebliche Probleme haben. Da waren wir uns einig, dass wir über den Ansatz von 1,2 Millionen DM hinaus zusätzlich 300.000 DM zur Verfügung stellen sollten, um solche Heime auszubauen und bei Modernisierungsarbeiten und beim Einsatz von neuen Käfig- und Halteeinrichtungen zu helfen.

Ich freue mich weiter, dass wir einstimmig beschlossen haben, im Bereich der Holzabsatzförderung über die vorgeschlagenen 8,2 Millionen DM hinaus zusätzlich 500.000 DM einzustellen und eine erhöhte Verpflichtungsermächtigung auszuweisen, weil wir wissen, dass die Holzabsatzförderung gerade im ländlichen Raum ein Beitrag ist, um Sägewerke und andere private Unternehmen zu stabilisieren und den Absatz von Holz zu fördern.

Der letzte Punkt schließlich - ich sehe, dass die Redezeit zu Ende geht -: Ich freue mich, dass wir ebenfalls einstimmig das Landesamt für Ernährung und Jagd in die Lage versetzen, das Kontrollprogramm zur Futtermittelkontrolle im Rindbereich positiv umzusetzen. Auch hier handelt es sich um einen Betrag von rund 400.000 DM, den wir einstimmig beschlossen haben.

Zusammenfassend heißt das: In der schwierigen Haushaltslage, in der wir uns befinden - wir könnten uns mehr vorstellen und mehr wünschen, aber die Haushaltslage ist ja nun wirklich nicht einfach -, haben wir einen vernünftigen Haushalt zusammengestellt, und wir werden ihm als Koalitionsfraktion auch zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Priggen. - Das Wort hat Frau Ministerin Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind ja die Stunde des Parlaments. Ich würde gerade auch als ehemalige Parlamentarierin aus der Opposition sagen:

(Theodor Kruse [CDU]: Das waren noch Zeiten!)

Haushaltsberatungen sind insbesondere die Stunde der Opposition. Das heißt ja, dass es die Aufgabe der Opposition ist, genau jene Punkte, von denen sie meint, dass die Landesregierung besonders viel falsch macht, ins Zentrum ihrer Beratungen zu stellen, weil man sagt: Da ist ja bei den Betroffenen so viel falsch gelaufen, das müssen wir ins Zentrum der Beratungen stellen!

Ich stelle fest: Der Opposition ist der Bereich der Landwirtschaft so wichtig, dass sie zugelassen hat, ihn an das Ende der Beratungen dieses Tages zu setzen. Offensichtlich sind Ihnen alle anderen Haushaltspläne viel, viel wichtiger als dieser.

(Manfred Palmén [CDU]: Blödsinn!)

Da stellt man plötzlich, wenn Sie sozusagen schon eine Abwägung zwischen den verschiede-

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) nen Ressorts vornehmen, fest, dass die Probleme, die Sie sehen, in den anderen Bereichen offenbar viel, viel größer sind.

(Manfred Palmen [CDU]: Dummes Zeug!)

Deshalb sehe ich, dass Sie zwar ganz laut die Stimme erheben, aber offensichtlich zur falschen Zeit.

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU - Manfred Palmen [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Entweder haben Sie sich vertaktiert und die Haushaltsberatung zur Landwirtschaft an das Ende gesetzt - was dann offensichtlich falsch war, wenn sie aus Ihrer Sicht wichtig sind -, oder aber die Probleme sind Ihnen gar nicht so wichtig.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Höhn, würden Sie eine Frage des Kollegen Palmen beantworten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, bitte schön.

(B)

Manfred Palmen (CDU): Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass es der Ältestenrat war, der die Reihenfolge der Beratung beschlossen hat, und ist Ihnen bekannt, dass das im Konsens geschieht? Und halten Sie es nicht genau wie ich für völligen Blödsinn, was Sie da gerade erzählt haben?

(Beifall bei CDU und FDP)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, es ist ganz wichtig, dass man gerade dann, wenn man in der Opposition ist, die richtige Taktik verfolgt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass man in den Haushaltsberatungen jene Haushaltsstellen, die einem besonders wichtig sind, in das Zentrum der Debatte stellt.

(Anhaltender Widerspruch bei CDU und FDP)

Wenn Sie das im Ältestenrat nicht hinbekommen haben, dann sage ich "so what"; aber das spricht

- nicht für die Opposition und nicht dafür, dass Sie diese Sachen wirklich für wichtig halten. (C)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Höhn, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Becker?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, ich würde gern auch noch auf die Inhalte zu sprechen kommen.

Präsident Ulrich Schmidt: Also keine Zwischenfragen, okay.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Zwei Minuten sind schon vorbei; ich würde gern noch auf die Inhalte zu sprechen kommen.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Ja, ich finde es interessant, dass Sie sich darüber so aufregen. Ich habe da offensichtlich ins Schwarze getroffen - sogar die Farbe stimmt in diesem Punkt. (D)

Genau so, wie Sie sich bei der Wichtigkeit dieses Themas vertaktiert haben, beginnt ja auch die Rede des CDU-Obmanns, Herrn Uhlenberg. Der fängt nämlich nicht mit der Landespolitik an, sondern mit dem Bundesnaturschutzgesetz, bei dem der Bund tätig ist und nicht das Land. Das ist interessant, weil er nämlich offensichtlich zu wenig an Kritik an dem zu äußern hat, was wir als Land tun.

Der nächste Punkt - jetzt komme ich zu den einzelnen Punkten - ist die Landesgartenschau. Da ist Herr Uhlenberg nicht im Film, obwohl das ja überall verbreitet worden ist. Das Kabinett hat beschlossen, Landesgartenschauen ab 2005 nur noch alle zwei Jahre durchzuführen. Es ist nicht so, wie Herr Uhlenberg gesagt hat, dass sie völlig wegfallen sollen, sondern sie sollen nur alle zwei Jahre stattfinden. Da bin ich nun in der Tat der Auffassung, dass ich es super gut fände, wenn wir auch einmal eine Landesgartenschau im Regierungsbezirk Arnsberg hätten, meine Damen und Herren. Dafür setze ich mich ein, und ich

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) hoffe, dass ganz viele von Ihnen dabei mitmachen.

Wir werden trotzdem den Kabinettsbeschluss umsetzen und sagen: Landesgartenschauen gibt es nur noch alle zwei Jahre. Wir werden auch die entsprechenden Einsparungen, die daraus entstehen, realisieren. Trotzdem werden wir versuchen, es hinzubekommen, eine Landesgartenschau nach Arnsberg - also in den Regierungsbezirk Arnsberg - zu bringen. Ich hoffe, dass das klappt. Ich sage ausdrücklich: in den Regierungsbezirk Arnsberg - damit nicht plötzlich gesagt wird: Die hat ja schon entschieden, wo es hingeht.

Der nächste Punkt betrifft die Rinderhalter. Herr Uhlenberg hat gesagt, alle Rinderhalter in NRW hätten das Pech, dass sie hier in NRW ansässig seien; in anderen Ländern werde geholfen. - Ich sagen Ihnen einmal, was wir getan haben.

Der erste Punkt: Im letzten Dezember, als die große Krise war, haben wir die Ausgleichszahlung für Grünland um 5 Millionen DM erhöht, sofort und ganz schnell noch als Direkthilfe für die Rinderhalter.

- (B) Wir haben die Rinderhalter in diesem Jahr von den Beiträgen zur Tierseuchenkasse freigestellt - ungefähr 6 Millionen DM, die wir ihnen erlassen haben.

Und wir haben eines getan, Herr Uhlenberg - nur um noch einmal deutlich zu machen, warum sich die Landwirte freuen können, dass ihre Betriebe in Nordrhein-Westfalen liegen -: Gerade auf dem letzten Termin der Landwirtschaftlichen Rentenbank hat die Landwirtschaftliche Rentenbank verkündet, dass es drei Länder gibt, die Liquiditätshilfen für die Rinderhalter anbieten. Eines davon ist Nordrhein-Westfalen. Die Bauernpräsidenten aus allen anderen Ländern haben nur mit großen Augen geguckt und gesagt: Wären wir doch in Nordrhein-Westfalen, dann würde es uns besser gehen!

Von daher ist es eine Hilfe, mit der wir in der Tat jetzt helfen - anders als andere Länder -, damit Rinderhalter weitermachen können und nicht aufgeben müssen.

Auch wurde widerlegt, was Sie, Herr Uhlenberg, eben als weiteres Argument gebracht haben, dass die Landwirte in Nordrhein-Westfalen nämlich nicht investieren würden. Das hat schon Herr

Möller auf dieser besagten Sitzung der Landwirtschaftlichen Rentenbank herauszubekommen versucht, als ihm der Vorstand der Landwirtschaftlichen Rentenbank sagte: Das stimmt aber nicht, Herr Möller; das können wir nicht bestätigen.

Die Landwirte in Nordrhein-Westfalen investieren genauso wie die anderen. Sie investieren aber teilweise in andere Sachen. Das bekommen Sie aber nicht mit. Es geht eben nicht nur um einzelbetriebliche Förderungen, um Stallerweiterungen, wie Sie sie angesprochen haben, sondern es geht auch um Biomasse. Darin investieren Landwirte in der Tat auch. Allerdings erkennt die CDU das - weil sie ein bisschen verblendet ist von der alten Agrarpolitik - gar nicht als Investition an. Für die CDU zählt immer nur eine Investition in eine Stallerweiterung und nicht in die Biomasse!

Bei uns gilt aber: Wenn ein Landwirt seine Einkommenssituation dadurch verbessert, dass er in erneuerbare Energien investiert, dann ist es gut so, weil es seinen Betrieb auf eine sicherere finanzielle Basis stellt. Von daher, meine Damen und Herren von der CDU, ist auch dieses Argument widerlegt.

Herr Uhlenberg, Sie haben als letzten Punkt aufgeführt, das Gespräch mit den Bäuerinnen solle gesucht werden und wir sollten sie ernst nehmen. Das mache ich. Deshalb findet im Januar ein Gespräch mit den Vorsitzenden der Landfrauen statt. Dort machen wir genau das, was Sie eben hinterfragt haben. (D)

Herr Becker, Sie haben gesagt, ich hätte behauptet, die Lebensmittel seien schlecht. Sie werden kein Zitat finden, welches Ihre Aussage belegt. Ich halte es nämlich für Unsinn und würde es von daher nicht sagen. Es ist auch gar nicht mein Stil. Ich bitte, fair miteinander umzugehen.

Im Übrigen haben Sie noch Folgendes gesagt, Herr Becker: Die Naturschutzverbände würden mehr Geld erhalten, weil sie mehr Mitglieder hätten. - Nein, sie bekommen nicht mehr Geld, weil sie mehr Mitglieder haben, sondern sie bekommen mehr Geld, weil sie mehr Aufgaben wahrzunehmen haben. Wir haben den Verbänden die neue Aufgabe zugeteilt, zu Vorhaben und Projekten Stellungnahmen abzugeben. Weil die Anzahl der Aufgaben größer geworden ist, bekommen sie mehr Geld. Das ist eine gesetzliche Verpflichtung, die wir hier zu erfüllen haben - nicht mehr und nicht weniger.

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Meine Damen und Herren, ich fasse kurz zusammen, was sich aus unserer Sicht in diesem Jahr weiter verbessert hat:

Erstens: Die Bauern stellen an diese Landesregierung Anträge in einer solchen Vielzahl, dass wir das letzte Geld zusammenkratzen müssen, um sie bedienen zu können. Sie nehmen die Programme der Landesregierung also wahr.

Zur Extensivierung, Herr Uhlenberg, bezüglich derer Sie gesagt haben, der Vertragsnaturschutz werde zurückgedrängt, nenne ich Ihnen Zahlen: Als ich 1995 als Landwirtschaftsministerin begonnen habe, standen 40.000 ha unter Vertragsnaturschutz. Jetzt stehen 200.000 ha unter Vertragsnaturschutz und Agrarumweltmaßnahmen. Das ist eine Verfünffachung des Vertragsnaturschutzes und der Agrarumweltmaßnahmen. Wenn Sie da von Zurückdrängen reden, dann geht das wirklich an der Wirklichkeit vorbei.

Zweitens: Wir haben eine Verdopplung der Anzahl von Anlagen von Biomasse erreicht. Wir haben doppelt so viele Biomasseanlagen stehen wir noch vor einem Jahr.

- (B) Drittens: Wir haben eine Steigerung um 50 % im Ökolandbau. Da ist es leider immer noch so, dass wir die Nachfrage, die Verbraucherinnen und Verbraucher nach Ökoprodukten haben, nicht befriedigen können, weil wir noch zu wenig Ökobetriebe haben.

Viertens: Der nächste Punkt betrifft die Regionalvermarktung. Diese wird sehr stark nachgefragt. Wir befinden uns hinter Bayern an zweiter Stelle. Sie wissen, dass Bayern und Baden-Württemberg klassische Länder mit einer langen Tradition von Regionalvermarktung sind. Also, auch hier werden die Programme der Landesregierung stark nachgefragt.

Fünftens: Eben sind von Herrn Priggen die Holzabsatzrichtlinie und die Förderung der Holzwirtschaft angesprochen worden. Das machen wir sehr gezielt, und wir nützen damit nicht nur den Waldbauern, sondern auch der mittelständischen Industrie in diesem Bereich.

Sechstens: Nun spreche ich die FFH-Gebiete an, deren Ausweisung in den letzten Jahren eine große Bedeutung hatte. Sie haben vor einem Jahr einen Terz darum gemacht, aber heute spricht niemand mehr darüber. Das möchte ich einfach einmal erwähnen. Die FFH-Gebiete sind ausge-

wiesen. Die Landschaftspläne werden von den Kommunen gemacht. Das ist eine gute Politik und zeigt, welches Vertrauen die Kommunen in die Politik der Landesregierung haben. (C)

Siebtens: Das Sonderprogramm "Verbraucherschutz" haben wir weiterentwickelt. Da nehmen wir uns so wichtige Punkte wie "Salmonellenbekämpfung" vor und versuchen, die Salmonellerkrankungen gerade in der Schweinehaltung zu reduzieren. Auch das ist ein wichtiges Programm, das wir fortsetzen können.

Achtens: Wir werden das Verbraucherinformationsgesetz auf den Weg bringen, und da ist es gut und richtig, dass wir - auch über Kontrollen in diesem Bereich - zu mehr Transparenz gelangen.

Auch die Betriebssituation der Bauern - das können Sie nicht abstreiten - sieht im letzten Jahr mit 83.000 DM Durchschnittseinkommen pro Betrieb sehr gut aus. Das Ergebnis war noch nie so gut wie in diesem Jahr. Wir hatten sonst immer Betriebsergebnisse zwischen 45.000 und 60.000 DM. Da ist eine Zahl von 83.000 DM Spitze.

Meine Damen und Herren, wirken auch Sie mit, dass die Bauern nicht in Frust verfallen, denn die Daten sind besser, als Sie sie hier darzustellen versuchen. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin. - Zum ersten Bereich - Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz - liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich leite dann zum zweiten Teilbereich des Einzelplans 10 über:

b) Umwelt

Zu diesem Punkt hat sich Herr Kollege Pick von der CDU-Fraktion gemeldet.

Clemens Pick (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die Ministerin eben eine Lehrstunde für das Parlament abgegeben und sich gelobt hat, wie gut die Landespolitik sei, werden wir das nachher beim Bereich Umwelt hinterfragen.

(Clemens Pick [CDU])

- (A) Vorweg kann ich schon sagen, Frau Ministerin, dass der Schutz der Umwelt immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe war, und zwar unabhängig davon, welche Regierung das Sagen hatte. Die frühere Bundesregierung hat die Grundlagen dafür gelegt, was an Umweltpolitik in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und international geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie können nur auf dieser Politik aufbauen, und zwar nur deshalb, weil die Bevölkerung einsieht, dass Umweltschutz und Naturschutz eine wichtige Aufgabe sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie können nur in den Bereichen des Landes verkünden, wie gut Sie in der Umweltpolitik seien, wo die CDU das Sagen hat, wo nämlich Menschen sind, die in der Vergangenheit vernünftig mit der Umwelt umgegangen sind und auch in Zukunft dafür sorgen werden, dass das so der Fall sein wird.

- (B) Das Spiel, das Sie hier immer spielen, Frau Ministerin, Rot-Grün stehe für Umweltschutz, CDU und FDP und andere hingegen stünden dagegen, spielen wir nicht mit.

Sie übertragen dieses Spiel auch schon auf Gremien des Landes - so auf den höheren Landschaftsbeirat -, wo Versprechungen wohl gemacht werden, dass Gesetze geändert werden, nur damit Mehrheiten erzeugt werden können. Das zeigt, wie wenig demokratisch man in diesen Bereichen miteinander umgeht und dass man nur das Ziel hat, auch Umweltpolitik nach ideologischem Strickmuster durchzusetzen.

Das, was an Umweltpolitik geschieht, ist in der Regel die Umsetzung von EU- oder Bundesrecht im Landesrecht. Diese Umsetzung wird in den meisten Bundesländern und auch in den Nachbarländern in der Regel 1 : 1 gemacht. Das Land Nordrhein-Westfalen ist dafür bekannt, dass es immer zu Verschärfungen der gesetzlichen Vorgaben kommt, so z. B. in der Abwasserrichtlinie. Jetzt deutet es sich auch schon in der EU-Wasserrahmenrichtlinie an.

Dadurch müssen Bürgerinnen und Bürger wesentlich mehr Kosten tragen und Leistungen erbringen. Dadurch wird auch die Wettbewerbsfähig-

- keit der Wirtschaft in unserem Land eingeschränkt. (C)

Die Umsetzung der Umweltmaßnahmen geschieht überwiegend im kommunalen Bereich. Dort tragen Sie nicht die Verantwortung. Vielmehr zwingen Sie durch die Vorgaben oftmals, vernünftige Maßnahmen nicht durchzuführen. Das führt letztlich zu Kostensteigerungen, die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft zu tragen haben.

Das heißt in Konsequenz: Der Standard, den wir heute in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen in der Umweltpolitik haben, ist darauf zurückzuführen, dass die Menschen in diesem Land und die Wirtschaft dieses Landes durch Steuern, Gebühren und Abgaben diese Leistungen teuer bezahlt haben. Es ist also keine Wohltat, die seitens der Regierung gegeben wird, sondern es sind ganz klar Leistungen der Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Wenn einer stolz auf die Umweltpolitik sein kann, dann sind es unsere Bürgerinnen und Bürger und die Betriebe.

Die Leistungen, die seitens des Landes beeinflusst werden konnten, wurden systematisch gekürzt. Ich erinnere hier daran, dass die Förderung der Abwassermaßnahmen ins GFG verwiesen wurde. Diese Kürzungen gehen insbesondere zu Lasten der Kommunen des ländlichen Raumes.

In der letzten Sitzung hat Herr Remmel den Vorwurf erhoben, dass die Gemeinden des ländlichen Raumes selber schuld sind, dass hohe Abwassergebühren durch sie verursacht sind. Meine Damen und Herren, dies ist nicht selbstverschuldet. Dies hat das Land zu verantworten; denn bis zum Jahre 1989 gab es 90 bis 80 % Förderungen des Landes für Abwassermaßnahmen, danach 40 %, danach 20 %. Dann hat man die Abwasserpauschale eingeführt. In diesem Jahr hat man die Abwasserpauschale um 50 % gekürzt. Das heißt, die Gebühren steigen, die Bürgerinnen und Bürger tragen diese Lasten, und die Landesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Die Gebührensubventionen, die es noch gibt und die jetzt ins GFG gehören, bleiben ohne Wirkung, weil man nicht bereit ist, auch über zukunfts-trächtige Maßnahmen zu diskutieren oder darüber

(D)

(Clemens Pick [CDU])

- (A) zu reden, wie man nachhaltig die Bürgerinnen und Bürger entlasten kann.

(Edgar Moron [SPD]: Wollen Sie die Streichung haben?)

- Wir können darüber nachdenken, wie man sie umlenkt und wie man sie wirkungsvoller macht.

(Edgar Moron [SPD]: Sie wollen sie nicht weggestrichen haben?)

- Nein, ich will sie nicht weggestrichen haben. Ich habe gesagt: Wir können sie wirkungsvoller machen. Darüber würden wir uns ganz gerne mit Ihnen unterhalten.

Weiterhin stellen wir fest, dass es höhere Belastungen der Kommunen gibt, z. B. durch die Senkung der Zuschüsse für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung. Hier hat sich das Land ebenfalls systematisch aus der Verantwortung gezogen. Statt ehemals 30 Millionen DM hat man in den nächsten Jahren 15 Millionen DM Zuschuss gegeben. Dann hat man eine Bagatellgrenze eingeführt, womit die kleinen Städte und Gemeinden und die Boden- und Wasserverbände schon frühzeitig aus dem Genuss dieser zusätzlichen Mittel kamen. Im letzten Jahr hat man diese Mittel auf Null heruntergefahren und dies auch im Jahre 2002 beibehalten.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das wirkt sich im Letzten wieder auf die Kommunen aus, die sich dieses Geld von den Grundstückseigentümern zurückholen müssen. Damit haben wir eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie, Frau Ministerin, seit Jahren schon ankündigen, dass es über das Programm "Ökologisch nachhaltige Wasserwirtschaft" auch eine Maßgabe geben wird, wo die Gewässerunterhaltung einbezogen werden wird, und wenn Sie diesen Erlass im Entwurf aus Ihrem Hause noch nicht einmal kennen - wie Sie uns das im Ausschuss mitgeteilt haben -, dann zeigt das, wie wenig Interesse Sie für diese Maßnahmen haben, und bestätigt, dass man mit den Mitteln, die vor allen Dingen aus der Abwasserabgabe stammen, leichtfertig umgeht.

Man geht mit ihnen auch nicht nachhaltig um, sodass diejenigen, die diese Gebühren zahlen, auch daran partizipieren. Die Ausgabereste - z. B. in der Abwasserabgabe - steigen von Jahr zu Jahr erheblich. Es wird zwar immer wieder beteu-

ert, dass es Verpflichtungsermächtigungen und Bewilligungsbescheide gibt und dass Zuweisungen nicht abgerufen werden, aber die Zahlen sind überzeugend: Wir hatten im Jahre 1990 einen Ausgabereist von 217 Millionen. Im vorletzten Jahr waren es 515 Millionen DM, im Jahre 2000 waren es 735,5 Millionen DM.

Hier wird Bürgergeld genommen, das aus einer Abgabe stammt, die keine Lenkungsfunction mehr hat, und wird zum einen als Spargbüchse für den Finanzminister und zum anderen - das zeigen z. T. auch die Programme zur ökologisch nachhaltigen Wasserwirtschaft - als Spielwiese für ökologische Maßnahmen eingesetzt, die ideologisch begründet sind.

(Ministerin Bärbel Höhn: Kennen Sie die von der CDU, die immer sagen: Wir wollen unsere Projekte gefördert haben!? Das sind doch keine Spielwiesen!)

Es gibt auch eine ganze Menge von Maßnahmen, die nicht darin sind. Ich habe ja nicht "alle" gesagt, sondern "überwiegend".

Eine nachhaltige Erleichterung für die Gebührenzahler und auch derjenigen, die Abwassermaßnahmen durchzuführen haben, hat es in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gegeben, so z. B. durch Zinszuschüsse, die heute nicht mehr die Bedeutung wie noch vor Jahren haben, als wir noch in der Hochzinsphase waren. Zinszuschüsse bei Zinssätzen, die heute unter 4 % liegen, sind wirkungslos. Hier muss sich etwas Neues einfallen lassen. Wir haben immer gefordert, dass vor allen Dingen bei Erstinvestitionsmaßnahmen zinslose Darlehen gegeben werden, damit man in den Gebühren auch eine Wirkung für die Bürgerinnen und Bürger hat.

(Beifall bei der CDU)

So kann man feststellen, dass Sie die Mittel, die von den Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht werden, nicht entsprechend einsetzen, sondern sparen.

Wenn wir als CDU beantragen, dass hier 15 Millionen Euro für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung eingesetzt werden, entlastet das die Grundstückseigentümer und die Kommunen und ist eine sinnvolle ökologische Maßnahme, wobei Sie immer wieder versuchen, die Gruppennützlichkeit zu hinterfragen. Wenn man Ihre Maßnahmen und Ihre Programme sieht, muss

(C)

(D)

(Clemens Pick [CDU])

- (A) man in der Tat die Frage stellen, was daran noch gruppennützlich ist.

Ich bin z. B. gespannt auf die Stellungnahme der SPD zur EU-Wasserrahmenrichtlinie und auch zu diesem Entwurf, bei dem Sie erklärt haben, dass z. B. die Aufgaben der Kontrolle und die Aufgaben der Zuweisungen den Bezirksregierungen überlassen werden sollen.

In den Entwürfen des Ministeriums sind die StU-As dafür vorgesehen. Ich bin gespannt, wie die Diskussion dann weitergeht.

Dass die Diskussion um die Abwasserabgabe im Ministerium keine große Rolle spielt, zeigt auch, dass man für die fünf Seiten umfassende Antwort auf eine kleine Anfrage drei Monate gebraucht hat und dass uns diese Antwort erst heute auf unser Drängen zugeleitet worden ist.

Ich darf zusammenfassen. Die Umweltmaßnahmen, die in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden, zahlen die Bürgerinnen und Bürger, zahlt der Verbraucher, zahlt die gewerbliche Wirtschaft. Hier sind wenige Maßnahmen, die das Land entsprechend fördert.

- (B) Viele Maßnahmen - das wird im Land immer wieder deutlich - sind nicht zielführend. Die Bevölkerung identifiziert sich nicht damit. Die hohe Akzeptanz des Umweltschutzes leidet darunter, und es droht die Gefahr, dass sich diese Akzeptanz umkehrt.

Keine der Maßnahmen, die Sie im Bereich des Umweltschutzes bisher durchgeführt haben, sind für den Bürger und den Verbraucher kostengünstig geworden. Im Gegenteil: Der Verbraucher wird in höchstem Maße abgezockt. Ich nenne das Stichwort 13. Monatsmiete, die ja maßgeblich durch Umweltmaßnahmen zustande kommt. Dies ist auf überzogene Forderungen aus dem Umweltschutz zurückzuführen.

Frau Ministerin, Sie stellen sich hier immer wieder als Verbraucherministerin vor das Plenum. Ich muss Ihnen sagen: Die Gebührenzahler und die Gebühren zahlende Wirtschaft sind auch Verbraucher. Sie behaupten immer, dass Sie sich vor den Verbraucher stellen. Wenn Ihre Verbraucherpolitik, Ihre Umweltmaßnahmen aber dazu führen, dass genau das Gegenteil bewirkt wird, dann sind Sie nicht Verbraucherministerin, sondern Preistreiberin Nummer eins in Nordrhein-Westfalen.

Deswegen lehnen wir Einzelplan 10 ab. - Danke schön. (C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Pick. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Dr. Kasperek.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Textbaustein Nummer eins einer typischen Oppositionsrede, den der Kollege zuletzt verwandt hat, können Sie unabhängig vom Thema einsetzen: Alles wird nach oben getrieben, Gebühren steigen, Abgaben nehmen zu. - Den Baustein verwenden Sie oft genug. Das passt in diesen Zusammenhang aber überhaupt nicht. Aber die Stellen, bei denen Sie auch in der Sache daneben liegen, werden wir Ihnen gleich noch im Einzelnen darstellen.

Die Möglichkeit, im Zusammenhang mit dem Haushalt auf das zu sehen, was hinter uns liegt und was wir im nächsten Jahr und darüber hinaus machen wollen, sollte eigentlich stärker genutzt werden. Das haben Sie leider nicht getan. Ich glaube, dass wir zunächst einmal feststellen sollten, dass wir auf einer wirklich vorbildlichen Umweltpolitik der letzten Jahrzehnte aufbauen. Da hat Minister Matthiesen über viele Jahre bundesweit, nicht nur was Landespolitik angeht, Maßstäbe gesetzt. Das ist in den letzten Jahren fortgesetzt worden. Auch in den ersten anderthalb Jahren dieser Legislaturperiode haben wir insgesamt ein positives Fazit zu ziehen. Ich will nur einige wenige Beispiele herausgreifen. (D)

Uns liegt jetzt der Landesplanungsbericht vor, der zwar zu einem anderen Haushalt gehört, der aber deutlich macht - deswegen spreche ich ihn als ersten Punkt an -, dass Umweltpolitik heute an vielen Stellen viel, viel mehr ist und das Stadium des technischen Umweltschutzes schon längst überschritten hat. Hier wird deutlich, dass wir Umwelt in großen Zusammenhängen sehen müssen. Wenn wir die Landesentwicklung betrachten, dann geht es um Fragestellungen wie den Flächenverbrauch, den Freiraumschutz, die Verkehrsinfrastruktur, aber auch die nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit Ressourcen.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

- (A) Macht es Sinn, die zentralörtliche Gliederung so zu verändern, dass mit der Zersiedlung der Landschaft neue Infrastruktur aufgebaut werden muss? Oder macht es nicht viel mehr Sinn, vorhandene Infrastrukturen noch stärker zu nutzen, in Ballungsgebieten durch das Aufarbeiten von Altlastenflächen, durch neue Wohnformen auch der Bevölkerung Alternativen nicht nur im ländlichen Bereich anzubieten? In diesem Sinne bietet der Landesplanungsbericht eine gute Grundlage, die Perspektiven für eine umweltpolitische Diskussion etwas weiter zu sehen als im klassischen Sinne.

Aber auch im klassischen Sinne haben wir große Erfolge erzielt. Die wirklich extrem erfolgreiche Abfallpolitik in diesem Bundesland, die die vorbildlichste Entsorgungsinfrastruktur in Deutschland geschaffen hat, ist auch in diesem Jahr konkret weiterentwickelt worden. Das ist zwar ein Hinweis auf die Bundespolitik. Aber die Weiterentwicklung, die ökologische Novellierung der TA Siedlungsabfall trägt die sozialdemokratische Handschrift aus Nordrhein-Westfalen. Wir haben dafür gesorgt, dass jetzt auf Bundesebene die ökologische Novellierung der TA Siedlungsabfall erreicht wurde, was uns in unserer Umweltpolitik auch ganz konkret hilft. Deswegen geht es jetzt darum, eine pragmatische Umsetzung dieser Politik in Nordrhein-Westfalen mit allen Beteiligten herbeizuführen. "Alle Beteiligten" sind in erster Linie die Kommunen und die Unternehmen. Wir setzen darauf, dass da in nächster Zeit weitere Fortschritte erreicht werden.

(B)

Ich will aber auch einen anderen, ganz praktischen Meilenstein nennen. Das ist die Rettung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes, was den Kommunen ganz konkret hilft, was die Probleme löst und was z. B. wieder dafür sorgt, dass mit Altlasten belastete Flächen im Ballungsgebiet, in Gewerbe- und Industriegebieten wieder für neue Nutzungen herangezogen und keine Freiflächen in Anspruch genommen werden. Das ist hier mit einem Riesenkraftakt und unter Heranziehung eines neuen Weges erreicht worden.

Genau das ist ein gutes Beispiel. Deswegen bin ich so froh darüber, dass das geklappt hat. Nicht nur der AAV an sich ist das inhaltliche Ergebnis, sondern auch der Weg: dass sich Unternehmen, Kommunen und Staat, nämlich die Landesregierung, zu einer freiwilligen Vereinbarung zusam-

menfinden und eine freiwillige Finanzierung sicherstellen konnten. (C)

Ein anderes Beispiel der praktischen Umweltpolitik, die Wasserpolitik, will ich hier anreißen, weil sie von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Wir haben von Herrn Pick gerade etwas zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie gehört. Ich muss sagen: Entweder habe ich in den letzten Wochen und Monaten nicht aufgepasst oder Herr Pick hat Einiges verschlafen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In einem intensiven Diskussionsprozess, an dem alle vier Fraktionen dieses Hauses beteiligt waren, haben wir mit der Landesregierung einen Weg gefunden, wie wir die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Nordrhein-Westfalen gestalten können. Kollege Ellerbrock hat damals u. a. durch einen Antrag einen zusätzlichen Anstoß gegeben. Das Ergebnis war, lieber Herr Pick, dass Herr Ellerbrock hier im Landtag gesagt hat: Weil das Ergebnis so gut ist und weil die CDU, die Grünen, die Sozialdemokraten und wir völlig mit dem Vorschlag der Landesregierung übereinstimmen, wie die EU-Rahmenrichtlinie umgesetzt werden soll, ziehe ich meinen Antrag zurück. - Sie haben in dieser Sitzung wahrscheinlich gefehlt, hätten es sich aber von Ihren Kollegen sagen lassen können. Es gibt nicht viele Fälle in der Politik, in denen die Haltung einstimmig ist. Da haben alle mitgemacht. Herr Kollege Pick, damit, dass Sie das noch als Negativbeispiel darstellen, liegen Sie völlig falsch.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Lindlar hat eine Zwischenfrage, Herr Präsident.

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, dass Sie mich bei der Verhandlungsführung unterstützen, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Lindlar.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Kollege Dr. Kasperek, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass nach dem Eindruck anderer Bundesländer die Vertreter und Vertreterinnen des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums in den Verhandlungen zwischen den Bundesländern bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erheblich über-

(Hans Peter Lindlar [CDU])

- (A) setzte Forderungen gestellt haben, die weit über die 1:1-Umsetzung hinausgehen?

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Das Verfahren zur Umsetzung haben wir für Nordrhein-Westfalen in großer Übereinstimmung festgelegt.

Wenn es um die materiellen Fragestellungen geht, werden wir gemeinsam diskutieren. Da geht es, denke ich, um zwei Dinge. Auf der einen Seite kann eine 1:1-Umsetzung nicht bedeuten, dass man, ohne genau hinzugucken, nur abschreibt. Auf der anderen Seite muss das NRW-spezifische Modell, die NRW-spezifische Umsetzung selbstverständlich dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger bei uns nicht anders aussehen als in anderen Bundesländern. Da stimme ich mit Ihnen völlig überein.

- (B) Ich möchte das Stichwort Abwasserabgabe ansprechen, das unter dem Stichwort Gewässer zweiter Ordnung angesprochen wurde. Wir gehen davon aus - das ist unser gemeinsames Programm -, dass für die Probleme der Gewässer zweiter Ordnung im Rahmen der Fortschreibung der Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft, finanziert aus der Abwasserabgabe, eine Lösung gefunden wird. Aber bei einer Lösung, die so aussieht, Herr Pick, wie Sie gefordert haben, nämlich die Abwasserabgabe abzuschaffen, machen wir nicht mit.

Die beiden Koalitionsfraktionen haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht und im Landtag eine Weiterentwicklung der Abwasserabgabe beschlossen. Es kann wohl nicht so sein, dass durch die Abschaffung der Abgabe diejenigen, die nichts getan haben, belohnt werden, und diejenigen, die sich engagiert haben, im Nachhinein bestraft werden.

Als letzten Punkt möchte ich den produktionsintegrierten Umweltschutz ansprechen. Hier haben wir die konkreten Beispiele, in denen es darum geht, gemeinsam mit der Wirtschaft, den Betriebsräten und den Verbänden Fortschritte zu erzielen. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass wir in der Chemikalienpolitik genau diesen Weg gehen wollen. Da hat die sozialdemokratische Fraktion in einem gemeinsamen Papier, das mit Unternehmern und mit der Gewerkschaft erarbeitet wurde, schon Maßstäbe gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Abschluss will ich darauf hinweisen, dass die Umweltpolitik neben diesen konkreten Maßnahmen einen weiteren Horizont haben muss, als wir im technischen Umweltschutz oder in einzelnen Fragen sonst oft diskutieren. Die Agenda 21 bietet uns die Möglichkeit. Aber die Agenda 21 wird nur dann akzeptiert werden, wenn es keine Diskussion auf "Wolke sieben" gibt, sondern eine Diskussion, die zu konkreten Ergebnissen führt. Der Staat bekommt dabei eine Rolle: weniger Obrigkeitsstaat, mehr Staat als Moderator, Staat als Berater; neue Instrumente wie freiwillige Vereinbarungen, aber auch konkrete Umweltpakte.

Wir Sozialdemokraten im Landtag erwarten, dass wir zwar große, zusammenhängende Diskussionen im Rahmen der Agenda 21 führen, dass wir aber konkrete, praktische Maßnahmen mit der Wirtschaft als Teil des Agendaprozesses betrachten und zu Kooperation und Konsens kommen.

Das alles muss durch die praktische Politik, durch das Handeln der Landesregierung umgesetzt werden. Natürlich wissen wir, dass es an der einen oder anderen Stelle Diskussionen gibt, z. B. die Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Wir sind sehr dafür, dass Information, dass Öffentlichkeitsarbeit stattfindet.

(Glocke)

Wir wissen, dass runde Tische Geld kosten. Aber wir müssen Wert darauf legen, zu zeigen, dass praktische Politik wichtiger ist als Broschüren und Büros.

Natürlich werden wir die Haushaltsumsetzung weiter kritisch und solidarisch betrachten. Wie wir die Landesregierung, wie wir das seit Jahren tun, auch in diesem Bereich unterstützen. Die Opposition hat in diesem Jahr leider kaum Beiträge zu den Haushaltsberatungen und zur Weiterentwicklung der Umweltpolitik geleistet.

Deswegen mussten wir Ihre Anträge ablehnen, die in der Sache einfach nicht gut genug waren. Dem Entwurf der Landesregierung zu Einzelplan 10 in der Fassung des Umweltausschusses stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Kasperek. - Das Wort hat der Kollege Ellerbrock, FDP-Fraktion.

(C)

(D)

(A) **Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich manche Beiträge vergegenwärtigt, kommt man zu dem Schluss, dass das hier schon eine merkwürdige Sitzung ist. Ich erinnere mich noch an die letzten Haushaltsberatungen - ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern -: Da hat vormittags Dr. Barzel eine sehr nachdenkliche Rede gehalten. Für mich war das eine der Sternstunden, die ich hier erlebt habe. Hinterher haben wir uns gefragt, wie wir eigentlich miteinander umgehen.

Das, was ich damals gelernt habe - das haben wir auch versucht in unserer Fraktion umzusetzen -, war: Was richtig ist, muss auch richtig benannt werden. - Damit will ich anfangen. Heute Morgen hat Minister Schwanhold für die Wirtschaftspolitik gesagt: Es geht darum, Investitionen ins Land zu holen. - Damit hat er nicht nur die Wertschöpfung gemeint, sondern auch die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Diesem Ziel stimmt die FDP ausdrücklich zu. Das ist für uns sogar ein Oberziel.

(B) Aber was folgt für uns Liberale daraus? - Hinsichtlich der Umweltpolitik sagen wir ganz klar: Wir wollen die Umweltstandards halten oder aber im Gleichklang mit unseren Nachbarstaaten in der EU und unseren Nachbarbundesländern verbessern. Es geht nicht an - das ist eben schon angesprochen worden -, dass wir in Nordrhein-Westfalen bzw. in Deutschland Sonderwege im Umweltschutz gehen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen infrage stellen.

Wir sagen ganz klar Ja zu einem wettbewerbsneutralen Umweltschutz im Ländervergleich. Vor diesem Hintergrund sind unsere Anträge aus der letzten Zeit und wohl auch die der Zukunft zu sehen, zuletzt unser Antrag zur Verwirklichung der EU-Luftqualitätsziele. Dabei sagen wir als FDP ganz klar Ja zu dem flexiblen Instrument des Luftreinhalteplans, aber Nein zu einer direkten Übernahme in das deutsche Anlagenzulassungsrecht, die TA Luft und die 22. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz.

Die EU verlangt zu Recht eine Verbesserung der Luftqualität und sieht dafür regionale Aktions- und Maßnahmenpläne vor. Das entspricht ungefähr unseren nordrhein-westfälischen Luftreinhalteplänen. In diesen werden verursachergerecht sämtliche Schadstoffquellen erfasst. Sie sind Grundlage für unser Verwaltungshandeln. Unsere

Nachbarn in der EU wollen dieses ebenso handhaben und solche regionalen Pläne erstellen.

Aber - jetzt geht es um Nordrhein-Westfalen - unsere Bundesregierung will das nicht. Die will die EU-Luftqualitätsgrenzwerte direkt in das deutsche Anlagenzulassungsrecht übernehmen. Das bedeutet, dass solche Werte von heute auf morgen Grundlage für Anlagengenehmigungen wären, im Übrigen unabhängig davon, ob die industriellen Immissionen für die schlechte Luftqualität direkt verantwortlich sind oder nicht, ob es nicht stattdessen z. B. der Verkehr ist.

Meine Damen und Herren, in unseren Nachbarstaaten hat man sich eine Frist bis zum Jahr 2005 bzw. 2010 gesetzt, solche regionalen Luftreinhaltepläne zu erstellen, wie es auch die EU vorsieht. Hier, Herr Ministerpräsident, müssen wir aufpassen. Wenn es uns nicht gelingt, in Berlin zu verhindern, dass die Luftqualitätsgrenzwerte ins deutsche Anlagenrecht übernommen werden, können wir in Nordrhein-Westfalen, speziell im Ruhrgebiet, unsere Vorstellungen von Umstrukturierung und Standortrecycling sowie - das betone ich ganz bewusst, weil das für uns einen besonderen Wert hat - für Arbeitsplätze mit dickem Daumen, also gewerblich-industrielle Arbeitsplätze, vergessen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutete das einen Standortnachteil.

Nachbarländer wie Bayern und Baden-Württemberg sagen ganz lässig: Freunde in Nordrhein-Westfalen, die Standortnachteile, die ihr euch schafft, sind für uns in Bayern und Baden-Württemberg Standortvorteile. - Deswegen haben wir einen Antrag gestellt und hoffen, dass wir damit zielorientiert wie schon bei der EU-Wasserrahmenrichtlinie eine gemeinsame Position finden können. Es kann nicht sein, dass wir uns hier auseinander dividieren lassen. Es geht um Nordrhein-Westfalen, um unsere Industriepolitik insgesamt. Hier müssen wir zusammenhalten.

(Beifall bei der FDP)

Es kommt noch schlimmer, Herr Ministerpräsident. Die EU hat einen Entwurf zum Emission-Trading vorgelegt, also zum Handel mit Emissionsrechten. Sie wissen: Wir als FDP sagen grundsätzlich Ja zum Handel mit Emissionszertifikaten, denn es ist ein marktwirtschaftliches Instrument. Aber so, wie die EU das meint, ohne Berücksichtigung der Vorleistungen der deutschen Industrie und des Gewerbes, ist das ein Programm zum Arbeitsplatzabbau gerade in Nord-

(C)

(D)

(Holger Ellerbrock [FDP])

- (A) rhein-Westfalen, nicht so sehr in den anderen Bundesländern. Auch hier geht es darum, dass wir als Landtag von Nordrhein-Westfalen ganz deutlich und gemeinsam Position beziehen. Es kann nicht sein, dass man auf gleichem Level anfängt, gleich draufsattelt und unsere Vorleistungen vergisst. Das wäre eine ganz katastrophale Entwicklung.

(Beifall bei der FDP und Beifall von Fritz Kollorz [CDU])

Meine Damen und Herren, Wettbewerbsfähigkeit gilt es aber nicht nur auf EU-Ebene herzustellen; auch einen nationalen Sonderweg darf es nicht geben. Ich unterstütze ausdrücklich, was der Kollege Dr. Kasperek gesagt hat. Herr Pick, in Sachen EU-Wasserrahmenrichtlinie haben wir versucht, eine gemeinsame Handlungsbasis zu bekommen. Das haben wir geschafft, und das war doch ein ganz guter Erfolg. Mir ist wenigstens bislang nicht zu Ohren gekommen, dass die Landesregierung hier abweichen sollte. Wenn das so wäre, dann müssten wir das hier thematisieren, der Ministerin ans Portepée fassen und sagen: Sie haben hier erklärt und zugesagt, dass das gemeinsam 1 : 1 umgesetzt wird, ohne Wettbewerbsverzerrungen. - Das ist mir bislang aber nicht zu Ohren gekommen.

(B)

Meine Damen und Herren, gleichwohl hat der Kollege Pick doch Recht: Wir müssen prüfen, ob und, wenn ja, wie wir eine Gleichbehandlung der Bürger in Deutschland bei der Abwasserbeseitigung und Reststoffentsorgung herstellen können. Stichworte sind für mich: Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall, Umsetzung von EU-Vorstellungen im Abwasserbereich/Kanalisation; darauf sind Sie eingegangen. Hier wird bundesweit meiner Wahrnehmung nach wohl sehr unterschiedlich geurteilt.

Ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Verwaltungshandeln und bei der Beratung der Verwaltung in den Kommunen und Betrieben oftmals Maßstäbe anlegen, die von den übrigen Bundesländern so nicht geteilt werden. Letztendlich bedeutet das höhere Gebühren für unsere Bürger, höhere Kosten für die Industrie. Das geht letztlich - das ist die Kernbotschaft - gegen die Akzeptanz des Umweltschutzes.

Meine Damen und Herren, ich mache hier aus meiner persönlichen Überzeugung keinen Hehl: Mir ist unbegreiflich, dass wir uns in Deutschland

- (C) immer noch einen extrem föderal orientierten Umweltschutz leisten.

Weshalb leisten wir uns 16 Landeswassergesetze mit 16 verschiedenen Durchführungsverordnungen? Das ist ein schreckliches Investitionsabschreckungsinstrument für denjenigen, der aus dem Ausland hier in Deutschland investieren will. Meine Vorstellung zielt sicher auf das Bundes-Immissionsschutzgesetz ab: ein Maßstab, eine bundesweit einheitlich geltende Beurteilungsgrundlage. Das ist richtig.

Meine Damen und Herren, zum Stichwort Akzeptanz von Ökologie: Wir müssen aufhören, den Gebühren- und Steuerzahlern zusätzlich kosten-treibende, ökologisch zumindest fragwürdige Systeme wie mechanisch-biologische Anlagen und Biotonnen aufzubürden.

Herr Dr. Kasperek, ich teile Ihre Ansicht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit unseren hoch leistungsfähigen Müllverbrennungsanlagen ein Entsorgungssystem, das wir auslasten sollten, bevor wir neue Spielereien anfangen.

(Beifall bei der FDP)

- (D) Ich kann Sie nicht verstehen, Herr Dr. Kasperek. Hier sagen Sie: Jawohl, wir haben solch ein hoch leistungsfähiges System. - Wenn es aber an die Abstimmung von MBAs und Biotonnen geht, werden solche Äußerungen höchstens mit Ironie vorgetragen. Das ist natürlich auch eine Leidenschaft, die im Koalitionsvertrag begründet liegt.

Meine Damen und Herren, das Tollste ist, dass derjenige, der die Ökosteuer mitgetragen und verursacht hat, unsere Landesregierung, der das Windkraft-Gelddruck-Gesetz, das EEG, und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz mitgetragen hat, im Bundesrat zugestimmt hat, dass die durch die Ökosteuer verursachten höheren Kosten in der Energieversorgung nicht von Landesinstitutionen getragen, sondern letztendlich auf Private und Gewerbetreibende abgewälzt werden. Meine Damen und Herren, das ist für mich ein absoluter Skandal.

Meine Damen und Herren, ich weise auf den Brief der Stadtwerke Düsseldorf hin, in deren Aufsichtsrat die FDP-orientierten Mitglieder sicherlich nicht in der Mehrheit sind.

Meine Damen und Herren, der Lernerfolg dieses Skandals ist: Politik und Staat schaffen Gesetze -

(Holger Ellerbrock [FDP])

- (A) Ökosteuer, EEG und KWK. Diese Gesetze wirken preistreibend. Privater Verbraucher und gewerbliche Wirtschaft können sich der Zahlung nicht entziehen. Der Staat, der das selbst verursacht hat, zieht sich zurück, zahlt diese Kosten nicht und will sie letztendlich doppelt auf den Privaten abwälzen.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität von einer rot-grünen Vorbildfunktion. Das ist ein Skandal. Das geht an die Glaubwürdigkeit von Ökologie. Das kann so nicht gehen.

Ich kann nicht verstehen, Herr Ministerpräsident - dieser Skandal ist seit rund zwei Wochen bekannt -, dass die Landesregierung bislang nicht eindeutig Flagge gezeigt hat. Das halte ich für einen Skandal bis zum Geht-nicht-Mehr.

Meine Damen und Herren, das müssen wir deutlich sagen: Die Abwasserabgabe hat sich tatsächlich überlebt. Wir müssen auch sagen: Das Ziel der Abwasserabgabe ist erreicht worden. Das Beispiel Abwasserabgabe beweist die Richtigkeit der FDP-Position, alle Gesetze mit einem Verfallsdatum zu versehen.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Jedes Gesetz erlischt nach fünf Jahren, es sei denn, es wird neu beschlossen. Wenn das so wäre, wäre die Abwasserabgabe weg. Dann hätten die Bürger mehr Geld in der Tasche, und wir bräuchten jetzt keine komplizierten Umwegfinanzierungen zu finden, um damit die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung bezahlen zu können. Das könnte alles direkt sein.

Meine Damen und Herren, die Redezeit ist zu Ende. Für den Bereich Landesplanung muss ich noch etwas zu den Foren sagen: Eine der wichtigen Aufgaben der Landesplanung ist im Landesplanungsbericht dargestellt. Dafür sollen Foren gebildet werden, Herr Ministerpräsident. Ich habe im Ausschuss nachgefragt: 75.000 DM sollen dafür eingesetzt werden - ein ganz bescheidener Betrag. Da ist gesagt worden: Na, ja, das wird wohl knapp reichen; wir sind ja sparsam. - Meine Damen und Herren, die Landesplanung legt die Ziele, legt die Zukunftsaufgaben, Lösungen für die Zukunftsaufgaben unseres Landes fest. Für den Agenda-Prozess werden alleine in diesem Jahr Erhöhungen um 2 Millionen von 6 Millionen auf 8 Millionen dargelegt - für einen Teilbereich der Landesplanung, der Landesentwicklung. Herr Mi-

nisterpräsident, hier wird deutlich: Rot-Grün setzt die Gewichte falsch. Hier sind Disproportionalitäten. Hier werden grüne Spielwiesen ermöglicht. (C)

Bevor mir der Präsident jetzt deutlich sagt, dass die Redezeit abgelaufen ist, danke ich für Ihr Interesse. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Ellerbrock. - Das Wort hat der Kollege Rimmel, Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ellerbrock, am Anfang beschäftigte ich mich immer ganz gerne mit Ihnen. Ich würde Ihre Rede - auch wenn es mir nicht zusteht, Noten zu verteilen -, so beschreiben, dass sie ganz vernünftig gestartet sind, zum Schluss aber doch auf die polemische Seite abgedriftet sind.

Ich kann mich gut mit dem auseinander setzen, was Sie als Gedankengerüst für die FDP hier vorgetragen haben, nämlich Wettbewerb obenan zu setzen und nur das im Umweltschutz zuzulassen, was dem Wettbewerb nicht schadet und was nicht investitionshemmend ist. Das ist allerdings nicht unsere Position. Das ist ein Gedankengebäude, was in sich konsistent ist. Damit können wir uns gut auseinander setzen. (D)

Für uns gilt natürlich, dass auch nachhaltige Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen, dass wir in ökologischen Zusammenhängen denken und dass Wettbewerb nicht das oberste Gebot unserer Umweltschutzpolitik sein kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ich allerdings erschreckend fand, war die Position, die die CDU hier vorgetragen hat. Wirklich erschreckend! Ich bekomme es in Interviews immer mit. Herr Rüttgers hat die PR-Anweisung gut gelernt: "die neue CDU im Westen", "programmatische Erneuerung". -

(Beifall bei der CDU)

Das kommt in jedem Interview vor. In jedem Interview die gleichen Sätze. Das machen Sie sehr schön. Das verfängt möglicherweise auch bei den

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) Menschen; das ist zumindest Ihre Absicht. "Die neue CDU im Westen", "programmatische Erneuerung", "Wir wollen vor allem auf die Wählerinnen und Wähler der Mitte zugehen" - all das proklamieren Sie in öffentlichen Interviews.

Aber was Herr Pick hier heute vorgetragen hat, meine Damen und Herren, war insofern bemerkenswert, weil es mit einer neuen CDU im Westen, mit programmatischer Erneuerung überhaupt nichts zu tun hatte. Das war pure Restauration,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rückfall in die 60er Jahre. Nicht umsonst haben gerade die hinteren Reihen der CDU Beifall geklatscht. Die haben fast gestanden. Das zeigt, dass das, was vorne von Herrn Rüttgers verkündet wird - programmatische Erneuerung - in Ihrer eigenen Partei, an Ihrer eigenen Basis überhaupt keinen Rückhalt hat. Sobald die Gelegenheit dafür da ist, wird das nach außen getragen - wie hier durch Herrn Pick.

Es ist schon bemerkenswert, dass nicht Herr Lindlar, der umweltpolitische Sprecher, der normalerweise vernünftige Positionen vorträgt, sondern Herr Pick geredet hat. Das spricht eindeutig dafür, dass Sie gerade bei der Umweltpolitik keinerlei programmatische Erneuerung zu bieten haben,

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

statt dessen eine Perspektive, die sich allein aus kommunaler Befindlichkeit speist. Landesumweltpolitik ist mehr als die Zusammenfassung kommunaler Befindlichkeit von CDU-Fraktionen, die natürlich jetzt Verantwortung tragen. Es ist nicht redlich, wenn sie wegen der Versäumnisse, die sie lange Jahre begangen haben, einsehen, dass sie nicht weiterkommen und dann nach dem Motto "Haltet den Dieb!" auf das Land zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen eine konsistente Umweltpolitik für das Land formulieren. Dazu gehört Nachhaltigkeit, dazu gehört der Gedanke der ökologischen Zusammenhänge und dazu reicht es nicht, nur kommunale Befindlichkeiten zusammenzutragen.

Im Umwelthaushalt will ich acht Punkte als große Linie des Buches und der Programmatik der Nachhaltigkeit nennen, die im Landeshaushalt den Ge-

danken der Generationengerechtigkeit, der Agenda 21, der Nachfolge von Rio, aufgreifen, die sich dann auch in konkreten Zahlen niederschlagen.

(C)

Wir haben in diesem Haushalt die Stiftung Umwelt und Entwicklung auf den Weg gebracht, ein Instrument gerade im Bereich der Umweltbildung, der nachhaltigen Entwicklung, der Eine-Welt-Politik, die vielen Initiativen im Lande zu fördern.

Wir haben eine große Position Agenda 21, und das ist nicht, Herr Ellerbrock, irgendeine Werbeveranstaltung, sondern das ist der Versuch, eine gesellschaftliche Debatte zu beginnen mit gesellschaftlichen Gruppen, mit der Wirtschaft, um nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen Nordrhein-Westfalens zu buchstabieren. Das ist zugegebenermaßen ein ehrgeiziger Anspruch, der aber auch die entsprechende finanzielle Unterstützung durch das Land braucht. Der Prozess hat begonnen, und ich gehe davon aus, dass er jetzt auch mit der entsprechenden finanziellen Unterstützung an Dynamik gewinnt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Der produktionsintegrierte Umweltschutz, der Gedanke, dass Ökonomie und Ökologie zusammenzuführen sind, die Idee der integrierten Produktpolitik, all das taucht bei der CDU überhaupt nicht auf. Wir nehmen es in unseren Haushalt auf, bei uns steht das an prominenter Stelle. Gerade die Erfolge, die von der Effizienzagentur ausgehen, sind ja mittlerweile im Land nicht mehr umstritten. Die Betriebe nehmen dieses Instrument etwa im Bereich des Umweltmanagement, der Implementierung von Ökoaudit an, das in Richtung Außenwirtschaftsförderung der Umweltwirtschaft Nordrhein-Westfalen weitergehen muss. Das ist ein großer Komplex des Zusammendenkens von Ökologie und Ökonomie, der in diesem Haushalt an prominenter Stelle verankert ist.

(D)

Sie sagen überhaupt nichts zum Hochwasserschutz. Sie sagen überhaupt nichts zur Lärmminde- rung. Sie sagen überhaupt nichts zum Bodenschutz. Sie sagen überhaupt nichts zu der Frage, wie wir in der Abfallwirtschaft innovativ tätig werden können. All diese Bereiche sparen Sie aus. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass wir uns nicht abarbeiten an kleinlichen Befindlichkeiten kommunaler CDU-Fraktionen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE])

- (A) Lassen Sie mich noch kurz auf die Abwasserabgabe eingehen, die ja hier in der Diskussion auch im Mittelpunkt stand. Die Abwasserabgabe ist die einzige ökologische Abgabe und überaus erfolgreich. Die Initiative nachhaltige ökologische Wasserwirtschaft ist das erfolgreichste Landesprogramm, das die meisten Investitionen im Lande auslöst und die meisten Arbeitsplätze schafft. Gerade der Gedanke der Verbindung von Vorsorge und Nachsorge, indem wir z. B. Entsiegelungsmaßnahmen fördern, indem wir den produktionsintegrierten Umweltschutz fördern, kennzeichnet dieses Programm. Dass Sie das Programm noch immer nicht auch als Ihres, als gesamtes Landesprogramm, verstehen, ist nach jahrelanger Diskussion schon bezeichnend.

Der Landeshaushalt im Bereich des Umweltschutzes hat zwar keine neuen Impulse, weil auch die finanziellen Möglichkeiten beschränkt sind, schreibt aber den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung deutlich fort. Wir bitten um Ihre Unterstützung und ersuchen Sie, die Anträge der Opposition abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. - Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren! Was sagt die große Oppositionspartei in ihrer Rede zur Umweltpolitik dieses Landes? Ich stelle fest, der Sprecher der Oppositionsfraktion sagt zunächst einmal: Die CDU war schon immer für Umweltschutz, d. h., die CDU ist die beste Partei für den Umweltschutz.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Ja, klatschen Sie mal! - Dann definiert er, was aus seiner Sicht Umweltschutz ist. Aus seiner Sicht besteht der Umweltschutz nur aus Wasser. Zu den anderen Medien - zu Boden, zu Luft, zu Abfall, zu moderner Umweltpolitik, zu vorsorgender Umweltpolitik - sagt er kein Wort. Er beschäftigt sich aber nicht einmal mit dem Komplex Wasser umfassend, sondern redet nur über Wassergebühren. Das ist die Umweltpolitik der großen

- Oppositionsfraktion: Es geht um nichts anderes als um Wassergebühren. (C)

Wenn man Herrn Pick kennt, ist das klar. Denn Herr Pick kommt aus der Eifel. Was kann die Umweltministerin dieses Landes dafür, dass die Eifel ein Gebirge ist? Der entscheidende Punkt ist nämlich, dass die Wassergebühren in der Eifel höher sind als anderswo, weil die Eifel ein Gebirge ist und es dort teurer ist, Kanäle zu verlegen. Das ist ja Herrn Picks Problem, und deshalb reduziert er die gesamte Umweltpolitik der Landesregierung auf die Wassergebühren in der Eifel. Ein Armutszeugnis für die Opposition:

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Bravo-Rufe bei den GRÜNEN)

Kein anderes Thema als Wassergebühren in der Eifel!

Herr Pick, die Gemeinde mit den höchsten Wassergebühren in NRW war immer Hellenthal in der Eifel. Was haben wir selbst hier erreicht? - Seit 1995 sind die Wassergebühren in Hellenthal nicht gestiegen, sondern sogar leicht gesunken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Bravo!)

- Danke schön. - Das hierzu. (D)

Dann geht Herr Pick auf die einzelnen Punkte ein, zuerst auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie, als ob die Landesregierung so viel damit zu tun hätte, dass die EU eine Wasserrahmenrichtlinie erlässt. Aber er fragt: Wie setzen wir sie hier um? - Da sage ich ganz einfach, übrigens auch zur FDP, Sie hätten alle einmal auf der Umweltministerkonferenz, die vor wenigen Wochen stattgefunden hat, dabei sein müssen. Wir haben auf der Umweltministerkonferenz mit den kommunalen Spitzenverbänden geredet. Die kommunalen Spitzenverbände haben gesagt: Wir loben Nordrhein-Westfalen für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, und wir bitten alle anderen Länder, so wie Nordrhein-Westfalen zu verfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bravo-Rufe bei den GRÜNEN)

Das sind die kommunalen Spitzenverbände.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Was sagt der aus der Eifel dazu?)

- Ja, was sagt der aus der Eifel dazu? - Da ist er platt. Das ist der erste Punkt.

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Zweitens, Herr Pick, kommen wir zur Abwasserabgabe. Als ob die Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen etwas für die Existenz der Abwasserabgabe könnte! Die Abwasserabgabe ist eine Bundesabgabe. Sie existiert schon enorm lange und ist nicht erst seit 1995 eingeführt. Sie sagen, mit der Abwasserabgabe würden nur Spielwiesen finanziert. Ich bekomme so viele Briefe von CDU-Mitgliedern und Abgeordneten, in denen ich immer wieder um Unterstützung von Projekten aus der Abwasserabgabe gebeten werde. Da wundere ich mich schon, warum CDU-Abgeordnete immer Spielwiesen brauchen, die sie dann finanziert bekommen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es interessant, dass Sie die Projekte Ihrer eigenen Parteikollegen damit quasi als Spielwiesen abtun.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lindlar?

- (B) **Bärbel Höhn,** Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Leider nicht. Aber mit Herrn Lindlar unterhalte ich mich gern gleich. Er ist eben ja nicht zu Wort gekommen. Sie sind selber schuld, wenn Sie den guten Herrn Lindlar hier nicht ans Rednerpult lassen. Es tut mir Leid, dass der Dialog dadurch auch ein bisschen kompliziert wird.

Dann kommen Sie zur Abwasserpauschale im Gemeindefinanzierungsgesetz. Die Abwasserpauschale, Herr Pick, ist lange vor meiner Ministerzeit zu einer Pauschale geworden. Das wissen Sie auch. Dass Sie nicht ein Prozent finden aus meinem originären Zuständigkeitsbereich oder etwas Kritikfähiges aus meiner Ministerzeit, halte ich für sehr spannend. Mehr habe ich mir zu Ihrer Rede nicht notiert.

Wir haben in der Tat immer noch viel zu tun beim nachsorgenden Umweltschutz. Ich finde es gut, dass Herr Remmel das angeführt hat: Wir haben ein großes Programm zum Hochwasserschutz der Bevölkerung dieses Landes zu leisten. Auch bei den Altlasten, insbesondere der Altlastensanierung, aber auch der Kieselrotsanierung, wurde viel unternommen.

Wir haben, Herr Ellerbrock, weil gerade die Wirtschaft angesprochen wurde, zwei wichtige Erlasse verfügt, und zwar die Stoffflussanalyse und den Verwertererlass. Wir haben mit der Wirtschaft gemeinsam überlegt, wie man den Input, also das, was in eine Anlage reinkommt oder - das betrifft den Verwertererlass - z. B. im Straßenbau eingebaut wird, so festlegen kann, dass daraus im Output möglichst wenig Schaden entsteht. Denn es ist klar, dass der Input den Output beeinflusst. Wir haben also mit der Wirtschaft gemeinsam hohe Umweltstandards festgelegt, höhere, als sonst bundesweit gültig sind. Die Wirtschaft macht das mit, weil sie mit diesen Erlassen eine schnelle Genehmigung, eine transparente Genehmigung und eine einheitliche Genehmigung bekommt. Das ist ein wichtiger Standortvorteil für die Wirtschaft, der gleichzeitig hohe Umweltstandards festschreibt. Er ist gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet worden und beschleunigt die Genehmigung sehr. Bundesweit liegen wir mit diesen beiden Erlassen - Stoffflussanalyse, Verwertererlass -, die ganz entscheidend bei Industrieabfällen sind, ganz vorn, weil wir für diesen gesamten problematischen Bereich Regelungen getroffen haben.

Wir haben sehr viel in der Luftreinhaltung getan, haben Vorläuferstoffe zur Ozonbildung aufgespürt und minimiert, haben zum Thema Lärm gearbeitet sowie bei der Vorsorge in Bezug auf elektromagnetische Felder. Auch die Gentechnik und die Umweltmedizin werden immer wichtiger.

Die Opposition ist mit keinem Wort auf den modernen, den vorbeugenden Umweltschutz eingegangen - die CDU mit keinem Wort, die FDP nur negativ. Das ist schade. Denn der entscheidende Punkt ist: Wo schaffen wir in Nordrhein-Westfalen neue Arbeitsplätze? - Doch nur in zukunftsfähigen Bereichen. Wir finden sie in der modernen vorbeugenden Umweltpolitik. Deshalb wurden diese Ansätze von Herrn Remmel und auch von Herrn Kasperek gebracht: produktintegrierter Umweltschutz, produktionsintegrierter Umweltschutz. Das ist die moderne Umweltpolitik. Das ist die intelligente Umweltpolitik. Wenn man in der Produktion Wasser vermeidet, Abfall vermeidet, Energie vermeidet, wenn man damit Kosten spart und der Umwelt nützt, dann ist das eine Win-win-Situation, die der Wirtschaft und der Umwelt nützt und deshalb von Nordrhein-Westfalen vorangebracht wird. Damit schaffen wir neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Bereich.

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Es ist interessant, dass Sie entweder nur negativ oder mit keinem Wort gerade darauf eingegangen sind, wo wir enorme Potenziale haben. Herr Ellerbrock, entscheidend ist doch: Wie sieht das Land im Jahre 2020 aus? Wir müssen gut aufgestellt sein. Wir müssen versuchen, darauf Antworten zu geben. Dies machen wir mit wichtigen Persönlichkeiten unseres Landes aus den unterschiedlichsten Bereichen: vielen Vertretern aus der Wirtschaft, der Umwelt, der Wissenschaft, den Gewerkschaften, aber auch Künstlern sowie einem Sportler. Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen machen sich zu diesem Thema gemeinsam Gedanken für NRW.

Die Niederlande haben mit einem solchen Prozess "sustainable Netherlands" viel erreicht. Der Prozess hat sie nach vorn gebracht, nämlich einen gesellschaftlichen Konsens darüber entstehen lassen, wo Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, wie Entwicklungen gemeinsam nach vorn gebracht werden und wie sie das Land zukunftsfähig machen können. Das wollen wir mit dem Agenda-21-Prozess.

Wenn wir, Herr Ellerbrock, dafür zwei Millionen ausgeben, sind das gut angelegte Millionen in diesem Land, weil sie seine Zukunft bestimmen.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der FDP: 16 Millionen!)

- Erhöht um zwei Millionen. Es ging insbesondere inhaltlich um die Foren, die in den einzelnen Bereichen Projekte finden sollen. Aus diesem Topf werden darüber hinaus noch die Umweltbildung und viele andere notwendige Dinge bezahlt, um das Umweltbewusstsein nach vorn zu bringen.

Meine Damen und Herren, am Ende möchte ich noch einmal auf einen Satz von Herrn Pick zurückkommen. Herr Pick hat gesagt, die Bürger haben ein Recht, stolz zu sein auf die gute Umweltpolitik in diesem Land. - Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Die Bürger in diesem Land haben ein Recht, stolz zu sein auf die gute Umweltpolitik. Aber ein kleines Stück, meine Damen und Herren, hat es auch die Umweltministerin. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zu dem

Teil b) des Einzelplans 10 - Umwelt - liegen mir nicht vor. (C)

Ich rufe dann auf:

c) Eine-Welt-Politik

Dazu erteile ich zunächst der Sprecherin der CDU-Fraktion, Frau Keller, das Wort.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine-Welt-Politik ist für die CDU in erster Linie auch Entwicklungspolitik. Für uns ist zwar auch die Bildung eines neuen ökologischen Bewusstseins wichtig und ebenso das Verständnis für globale Fragen und Aufgabenstellungen, aber dennoch ist Eine-Welt-Politik auch aus dem Blickwinkel der Union intern ein Unterfangen, das den ärmeren Ländern und Regionen Hilfestellungen geben muss.

Diese Unterstützung für die Entwicklungspolitik müssen wir in Nordrhein-Westfalen zu einem zentralen Anliegen für die Politik, die Parteien und den Landeshaushalt machen, aber auch zu einem Anliegen für NRW als Ganzes und für die zahlreichen Menschen, die hier leben. Wir wollen Menschen dafür begeistern, anderen Menschen zu helfen. Die Form und Intensität der Entwicklungshilfe, von einem Gemeinwesen geleistet, wird immer auch ein Bild von dem moralischen Zustand dieses Landes sein. (D)

Nach unserer Vorstellung muss Entwicklungshilfe einfach, nachvollziehbar und transparent organisiert werden, und zwar auf eine genauso einsichtige Art, wie auch der Vorsatz, anderen Menschen zu helfen, einfach zu verstehen ist. Es darf nicht ein Gestrüpp von Vorbehalten, Seitenpfaden, Einschränkungen und Verwaltungsakten entstehen, sodass man praktisch nicht durchblickt, was eigentlich in der Entwicklungshilfe passiert.

Eine-Welt-Politik muss unbürokratisch ablaufen. "Unbürokratisch" heißt aber auch, ohne aufgeblähte Strukturmodelle, die kein einheitliches Bild geben und auch nicht effizient sind. Es geht ja um den Output, also um das, was an Hilfe ankommt.

Die CDU wendet sich gegen das übergroße Promotorenmodell, also gegen die Dimension, wie das bei uns in Nordrhein-Westfalen stattfindet. Aus unserer Sicht ist das nicht effizient. Fragen Sie einmal Bürgerinnen und Bürger, was ein Pro-

(Ilka Keller [CDU])

- (A) motor ist. Sie werden nur Achselzucken bekommen und keiner versteht das genau.

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen also von einem ganz zentralen Segment, das sich die Eine-Welt-Politik geschaffen hat, kaum Notiz. Das ist für unser Kernanliegen natürlich auch Hindernis.

Entwicklungshilfe ist in fast allen Haushalten ein Stiefkind. Wir stellen fest, dass zwar viel geredet, aber immer weniger Geld für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt wird, und zwar sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, Entwicklungshilfe hat einfach keine Lobby bei uns. Das ist sehr traurig. Dabei ist diese Aufgabe eine wirklich wichtige Herausforderung, wie gerade die aktuellen Krisen zeigen. Diese Krisen haben deutlich gemacht, dass Entwicklungshilfe eine ganz wichtige Ergänzung zur Europapolitik zu sein hat. Die Eine-Welt-Politik kann es ermöglichen, dass wir die wirklich großen Herausforderungen auch für die Zukunft beherrschbar machen, dass wir uns also bezüglich des Bevölkerungswachstums, der Aufzehrung der Ressourcen und der ethnischen Konflikte sinnvoll einbringen.

- (B) Eine-Welt-Politik ist für uns keine Benefizgala, sondern sie liegt in unserem ureigenen Interesse. Sie ist eine langfristige Investition. Sie muss mit kurzfristigen Interessen in Konkurrenz treten, besonders auch im Hinblick auf die Mittelausstattung.

Für uns braucht Entwicklungshilfe auch für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ein Gesicht. Das meine ich im wörtlichen Sinne. Sie wollen wissen, wenn sie sich dabei einbringen, für welches Projekt sie das Geld ausgeben. Wir sollten uns auch aus Landesinteresse demnächst konzentrierter bei Projekten einbringen. In den letzten Ausschusssitzungen haben wir immer über Ecuador geredet. Warum nehmen wir uns nicht einmal ein Land vor, damit sich die Bürgerinnen und Bürger auf Landesebene, auf Kreis-, Gemeinde- und Stadtebene konzentriert für ein Projekt einbringen können.

Wir wollen also, dass die Entwicklungshilfe nicht nach dem Gießkannenprinzip stattfindet, sondern dass man sie wirklich konkret fassbar für alle Bürgerinnen und Bürger macht. Daran wollen wir weiter arbeiten. Wir werden aus diesem Grunde

- (C) demnächst einen Antrag einbringen, um mit ihm unsere Ansätze noch einmal deutlich zu machen. - Ich hoffe, dass wir langfristig damit etwas bewirken können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Keller. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Jung.

Karin Jung (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Modell, das Frau Keller eben ins Gespräch gebracht hat, ist jenes, nach dem Rheinland-Pfalz vorgeht. Die Länder in der Bundesrepublik verfolgen bezüglich des Umgangs mit dem Thema Eine-Welt-Politik ganz unterschiedliche Philosophien.

Ruanda ist der konkrete Fall für Rheinland-Pfalz. Dort besteht eine ganz exklusive Verbindung zu Ruanda auf Landesebene, auf Stadtebene und von Kommune zu Kommune. Ich finde dieses Modell interessant. Ich würde mich gern einmal kundig machen, ob es die Wünsche erfüllt, die wir vielleicht beide gemeinsam haben, dass man durch ein sehr langfristiges und sehr intensives gegenseitiges Kennenlernen, auch durch Fehlschläge - gerade in Ruanda gibt es Zerstörungen und wirklich schweres Leid -, sehr viel lernt. Ich fände das sehr schön. Wenn es so wäre, sollte man diesem Modell nahe treten.

Die Krise, die wir gegenwärtig international haben, hat ja gezeigt, dass wir relativ wenig von dem verstehen, was in anderen Teilen der Welt vorgeht, weil wir als Europäer vielleicht unsere eigenen Standards im Kopf haben und denken, das werde überall so ähnlich sein. Dann beobachten wir vollkommen fassungslos, welche Rolle beispielsweise Religion, welche Rolle Besitz und welche Rolle Stammeszugehörigkeit haben kann.

Ich wollte uns hier nicht so sehr mit einer langen Rede belasten, denn wenn auch die Welt nicht in Ordnung ist, ist unsere Eine-Welt-Politik in Ordnung. Wir haben diesmal - das ist anders als zu der Zeit, als diese Aufgabe noch in der Staatskanzlei ressortierte - keine Verluste hinnehmen müssen. Natürlich war die Staatskanzlei bei Kürzungen immer gezwungen, mit gutem Beispiel voranzugehen.

(D)

(Karin Jung [SPD])

- (A) Frau Ministerin Höhn hat es offensichtlich in einem etwas größeren Etat geschickt vermocht, uns an den Sparritualen vorbeizubringen. Unser Promotorenmodell wird sogar noch mit ein wenig mehr Geld ausgestattet. Wir sind nicht notleidend. Wir schimpfen auch nicht.

Nach meinem Eindruck funktioniert das alles. Dazu ein kleines Beispiel vom gestrigen Tage: Gestern fand ein kleines Forum zu Mpumalanga statt. Dabei handelt es sich um unsere Partnerschaft in Südafrika. Es waren eine Menge Leute anwesend, die von den landesinternen Projekten berichtet haben. Es scheint ein lebendiges Leben zu herrschen und eine lebendige Unterstützung von vielen Projekten zu bestehen, sodass wir ganz zuversichtlich an die Arbeit gehen können. Im nächsten Jahr sind wir nach meiner Auffassung gut ausgestattet.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Jung. - Für die FDP spricht jetzt Frau Thomann-Stahl.

(Edgar Moron [SPD]: Frau Thomann-Stahl, es ist alles gesagt!)

(B)

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Nur noch nicht von uns, Herr Moron. Das holen wir jetzt nach, Herr Moron. - Frau Ministerin, was hat man Ihnen denn heute in den Kaffee getan? - Sie sind ja so munter heute Abend.

(Ministerin Bärbel Höhn: Nicht nur heute!)

- Das ist ja ganz anregend. Allerdings haben Sie das mit etwas Hochnäsigkeit verbunden. Hochmut kommt meistens vor dem Fall.

(Ministerin Bärbel Höhn: Das muss die FDP gerade sagen!)

- Wir wollen einmal abwarten, wie sich das entwickelt. Die Töne, die Sie heute Abend teilweise gegenüber dem einen oder anderen Kollegen von der CDU gespuckt haben, geben mir Anlass, Sie demnächst daran zu erinnern. Vielleicht tut das auch der eine oder andere aus dieser Runde bei passender Gelegenheit.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die FDP gehören die Bereiche Europa- und Eine-Welt-Politik zusammen. Nur die uns allen zur Genüge bekannten Querelen in der rot-grünen Regierungskoalition führen zu

(Edgar Moron [SPD]: Wir haben keine Probleme!)

einer absurden und ineffizienten Arbeitsteilung.

Die Europaangelegenheiten und die internationalen Angelegenheiten sind beim Ministerpräsidenten angesiedelt, und die Eine-Welt-Politik - wie logisch - hat das Umweltministerium.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Seien Sie einmal ein bisschen liberaler!)

Man darf aber Europa- und Eine-Welt-Politik nicht trennen. Die täglichen Arbeits- und Beratungsabläufe zeigen ja auch, dass diese rot-grüne Lösung keine effiziente Lösung ist. Wir befinden uns in einer dramatischen Haushaltsschieflage. Deswegen halten wir es für dringend erforderlich, dass wir das Geld nicht mit der Gießkanne über das Land verteilen

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das können wir sowieso nicht!)

und erst recht nicht für eine ideologiebehaftete Klientelpolitik verwenden.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei SPD und GRÜNEN)

- Genau das machen Sie doch. Wir wollen die Landeszuwendungen an so genannte Promotorenprojekte im Rahmen der Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen um die Hälfte reduzieren.

(Beifall bei der FDP)

Den Landeshaushalt würde dies um knapp 1,35 Millionen entlasten.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Damit ist der Haushalt saniert?)

- Das saniert nicht den Haushalt. Das wissen auch wir. Aber es wäre ein Anfang. Wir müssen nämlich diese Landeszuwendungen sinnvoll einsetzen, nicht aber nur zur Unterstützung Ihrer grünen Parteifreunde, verehrte Frau Koczy.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(Marianne Thomann-Stahl [FDP])

- (A) Wir wollen die so genannten Fachpromotoren effektiv unterstützen, die den Eine-Welt-Initiativen des Landes als zentraler Ratgeber zur Seite stehen. Die flächendeckende Einstellung von örtlichen Promotoren führt unseres Erachtens hingegen höchstens dazu, dass die gute Idee dieses Promotorenkonzepts aufgebläht und völlig unkalkulierbar ausgeweitet

(Ute Koczy [GRÜNE]: Keine Ahnung!)

und konterkariert wird. Die von der Landesregierung geförderten lokalen Promotoren übernehmen nämlich in lokalen Initiativen lediglich die Aufgaben, die sonst die Ehrenamtlichen gemacht haben. Deren Arbeit haben wir anerkannt. Es gibt hier genügend Initiativen zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.

Allerdings haben all diejenigen, die kürzlich zu der Anhörung kamen, und all diejenigen, die an dem Werk mitgearbeitet haben, das uns in diesen Tagen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen auf den Tisch kam, sicher nicht daran gedacht, dass sie auf einmal aus dem Landeshaushalt besoldet werden. Aber genau das soll wohl nun in diesem Bereich stattfinden.

- (B) (Beifall bei der FDP)

Das halten wir für eine völlig unzulässige und unsinnige Verstaatlichung des ehrenamtlichen Engagements. Diese ist nicht vermittelbar. Sie entwertet auch das ehrenamtliche Engagement von Bürgern in anderen, ebenfalls wichtigen Lebensbereichen, auf das wir uns verlassen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat darf nicht anfangen, das Ehrenamt zu ersetzen, und er darf auch nicht anfangen, es zum bezahlten Job zu machen.

Meine Damen und Herren, Hilfe zur Selbsthilfe sowie Subsidiarität sind Grundprinzipien einer tragfähigen Entwicklungspolitik. Das haben Sie offenbar vergessen. Wer Haushaltssenkungen proklamiert und die Eine-Welt-Politik ernst nimmt, der muss hier anders mit dem Geld umgehen, als Sie das tun. So wie Sie es machen, schaden Sie der Sache. Wir haben das im Ausschuss deutlich gemacht, und wir lehnen deshalb den Haushalt ab. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

- (C) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt Frau Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Es ist ja der Blick über den Tellerrand, der die Wahrnehmung schärft, welche Probleme tatsächlich die wichtigsten sind. Von daher stimmt die These, dass seit dem 11. September nichts mehr so ist, wie es einmal war, nur zum Teil; denn die grundlegenden Probleme, nämlich ungleiche Chancen und die große Schere zwischen Arm und Reich, sind die gleichen geblieben, die sie schon vor Jahren und Jahrzehnten waren.

Als Eine-Welt-Politikerin vermag ich die Gefahren, die vom Terrorismus ausgehen, vielleicht unterschätzt haben, aber als Eine-Welt-Politikerin ist mir seit langem bewusst, dass wir in Nordrhein-Westfalen auch eine globale Verantwortung haben. Ich bin sehr froh darüber, dass Nordrhein-Westfalen aus einer entwicklungspolitischen Sicht eine Eine-Welt-Politik mit vielen Bausteinen etablieren konnte, die sich den globalen Problemen wie unfairen Wettbewerbsbedingungen, Verschuldung, Menschenrechtsverletzungen, CO₂-Ausstoß, Umweltverschmutzung und Kriegen annimmt und Gegenstrategien - wie z. B. fairer Handel, Entschuldung, Klimaschutz, Demokratisierung und zivile Konfliktbearbeitung - entwickelt hat.

(D) Liebe Kollegin Frau Keller, das ist kein Gießkan- nensystem, sondern ein System mit Substanz und Komplexität. Auch die Vorwürfe der Opposition, dass es falsch angelegt ist, weise ich energisch zurück. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Eine-Welt-Politik eindimensional handeln kann und sollte, sondern sie muss vielfältig und flexibel sein, sie muss integrieren können und multikulturelle Ansätze beherbergen.

Man kann nicht von einem Gießkan- nensystem sprechen, wenn es darum geht, die vielfältigen Probleme dieser Welt anzugehen. Dann muss man eben bei der Vielfalt ansetzen. Deswegen ist die Konzeption, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, sehr wichtig und sehr richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erkläre wieder und wieder in diesem Saal: Eine-Welt-Politik heißt, dass wir unser Verhalten

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) und unser Denken auf die internationalen Konsequenzen hin überprüfen müssen. Dazu müssen wir die Arbeit hier machen, hier in Nordrhein-Westfalen, vor unserer Haustür. Das ist nicht nur auf meinem Mist gewachsen, sondern das sind die Forderungen der Länder in Südamerika, in Afrika und Asien. Das ist dokumentiert in den Ergebnissen der Rio-Konferenz von 1992, der Konferenz für Umwelt und Entwicklung, die sich in diesem Jahr das zehnte Mal jährt.

Genau deswegen - und nicht, weil es von irgendwoher gekommen ist - haben wir in Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, dass es ein Promotorinnenprogramm gibt, das die Opposition am liebsten reduzieren, ja gänzlich abschaffen möchte. Das ist eine Haltung, die ich überhaupt nicht nachvollziehen kann. Denn es sind die Promotorinnen, die elementare Bildungsarbeit auf der lokalen Ebene über die globale Zusammenarbeit hier in NRW leisten. Herr Brockes hat im Ausschuss und jetzt Frau Thomann-Stahl hier im Plenum noch einmal vorgerechnet, wie wichtig und wie toll doch die Sanierung des Haushalts wäre, wenn man wenige Mittel bei den Promotorinnen kürzen würde.

- (B) Ich kann nur sagen: Sie wissen wahrscheinlich gar nicht, was Sie tun. Sie wissen überhaupt nichts von der Arbeit, die auf der lokalen Ebene gemacht wird. Sie halten sie schlichtweg für überflüssig. Wahrscheinlich wissen Sie gar nicht, dass wir lokale Promotorinnen haben in Städten wie Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Hagen, Herne, Köln, Minden, Mönchengladbach, Münster, Neuss, Paderborn, Rheine, Siegen und Wuppertal.

Sie behaupten, dass diese städtische Arbeit unwichtig sei, und verkennen, dass Nordrhein-Westfalen ein großes Land ist, in dem eben in diesen Städten vor Ort Ansprechpartnerinnen und -partner zur Verfügung stehen müssen, die bereit sind, mit den Menschen vor Ort zu arbeiten. Das sind doch Multiplikatoren. Nennen wir die Promotorinnen doch Multiplikatoren; das ist vielleicht ein bisschen moderner, aber es geht doch eigentlich um die Funktion der Arbeit und nicht um den Namen, den man dem Programm gegeben hat. Es geht um die Funktion, und die Funktion läuft darauf hinaus, dass mit diesen Leuten kleine Zentren etabliert worden sind, über die weitaus mehr Arbeit herauskommt, als das normalerweise der Fall ist. Das ist hoch effektiv. Sie sind wahrscheinlich

- (C) nur neidisch, dass ihnen das Programm nicht eingefallen ist. Anders kann ich mir Ihre destruktive Haltung dazu nicht erklären.

Vor Ort werden diese Promotorinnen hervorragend angenommen. Sie ersticken in Arbeit, haben unheimlich viel Kompetenzen entwickelt, und Sie wollen sie einfach abschlachten, so, als ob das nichts wäre.

(Zurufe von der FDP)

Ich bedauere das außerordentlich und bin sehr froh darüber, dass es der Eine-Welt-Ministerin gelungen ist, noch eine Aufstockung an der Stelle zu erreichen, weil das einfach wichtig ist.

Ich hatte auch den Eindruck, dass in der Ausschussdebatte diese Thematik, die lokal angelegt ist, im globalen Weltumfang nicht wahrgenommen wird. Lassen Sie mich darauf einmal als Eine-Welt-Politikerin antworten. In einer Pressemitteilung von dpa vom 5. Dezember 2001 heißt es:

"Rund 3 Milliarden Menschen in 24 Ländern haben nach einer neuen Studie der Weltbank in den vergangenen zehn Jahren vom wachsenden Welthandel profitiert. Die Länder verzeichneten in den 90er-Jahren Wachstumsraten von rund 5 %. Die Lebenserwartung und das Ausbildungsniveau der Menschen stiegen.

Rund 2 Milliarden Menschen in Ländern wie Afrika, dem Nahen Osten und der ehemaligen Sowjetunion hat die Globalisierung nichts gebracht. In diesen Ländern schrumpfte die Wirtschaft, und die Armut stieg."

Der Chefökonom der Weltbank, Nicolas Stern, wird mit den Worten zitiert: "Wir müssen dafür sorgen, dass die Armen in der Welt von der Globalisierung profitieren." Dazu schlägt die Weltbank ein Sieben-Punkte-Programm vor. Reiche Länder - und dazu zählen wir - sollen die Handelsbarrieren für Produkte aus Entwicklungsländern und Agrarsubventionen abbauen. Die Subventionen betragen nach Angaben der Weltbank 350 Milliarden Dollar, sieben Mal so viel, wie für die Entwicklungshilfe ausgegeben wird. Diese Zahlungen sollten gleichzeitig aufgestockt werden. Schulden sollten erlassen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie diese Vorschläge hören, müsste auch Ihnen klar sein, dass es in erster Linie darum geht, unser Handeln und unsere Wirtschaftsmacht dazu

(D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) zu gebrauchen, dass die ungleichen Weltwirtschaftsstrukturen aufgebrochen werden. Dazu muss man hier anders denken, muss man hier anders handeln. Deswegen hat es sehr viel damit zu tun, dass man den Menschen in Nordrhein-Westfalen klarmacht, warum wir andere, nämlich globale gerechte Handelsstrukturen brauchen. Das ist wichtiger als die Entwicklungshilfe. Deswegen brauchen wir die Eine-Welt-Politik hier in Nordrhein-Westfalen.

Es freut mich dennoch als Eine-Welt-Politikerin, dass auch das Entwicklungshilfeministerium auf Bundesebene mehr Bedeutung bekommt, wenn auch erst nach dem Schock des 11. September. Hoffnung besteht, dass es endlich gelingen kann, die Ausgaben für die so genannte Entwicklungshilfe von 0,25 % gegenwärtig auf 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes auszubauen. Dafür scheinen leider mehrere Jahre eingeplant zu werden. Schade drum! Ich hätte mir gewünscht, dass es schneller geht, aber ich bin zuversichtlich, dass es gelingen kann.

Aber Geld und Finanzen sind nicht der alleinige Weg, den wir unter grüner Regierungsbeteiligung für NRW gegangen sind. Genauso wichtig sind die Konzepte der Eine-Welt-Politik vor Ort, die wir fahren.

- (B) Ein wichtiges Konzept möchte hier noch hervorheben; das ist der Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung. Hier waren wir, ja hier sind wir in Nordrhein-Westfalen führend. Selten haben die Ereignisse von anderthalb Jahren so deutlich gezeigt, dass Gewaltprävention und die Ausprägung von zivilen Strukturen in Politik und Gesellschaft das A und O unseres Zusammenlebens darstellen.

Wenn wir es nicht schaffen, dieses zu organisieren, wenn wir uns nicht weiterhin Mühe geben, solchen Konzepten Raum zu geben und sie weiterzuentwickeln, dann bleiben wir vielleicht sprachlos und handlungsunfähig, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen kommt. Deswegen ist z. B. auch die zivile Konfliktbearbeitung ein wichtiger Meilenstein der Eine-Welt-Politik im Land Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, die Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen ist eine sehr gute Basis für den Blick über den Tellerrand. Stimmen Sie deshalb den Haushaltsentscheidungen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN - Edgar Moron [SPD]: Dem Haushalt insgesamt!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Höhn.

(C)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren! Sie wissen von den letzten Haushaltsberatungen, wie sehr mir die Arbeit gerade im Eine-Welt-Bereich Spaß macht. Ich bin auch stolz auf das, was wir hier in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren aufgebaut haben. Der Ministerpräsident hat mir in den Koalitionsverhandlungen eine sehr gut bestellte Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen überlassen. Auf dieser sehr guten Eine-Welt-Arbeit kann man toll aufbauen. Andere Bundesländer gucken mit Neid auf das, was wir hier in Nordrhein-Westfalen erreicht haben. Deshalb nenne ich Ihnen gerne die einzelnen Komponenten.

Ich finde es interessant, dass die CDU mit diesem Thema viel differenzierter umgeht als die FDP. Die FDP hat offensichtlich keinerlei Zugang zu denjenigen Gruppen in diesem Land, die sich mit Eine-Welt-Projekten befassen. Das muss man sehen.

Ich glaube, dass der Eine-Welt-Bereich einer derjenigen ist, in denen wir mit geringsten Mitteln enorme ehrenamtliche Arbeit von engagierten Menschen unterstützen und damit eine große Leistung in diesem Land vollbringen.

(D)

Wir haben das alles schon vor dem 11. September gemacht und aufgebaut. Danach haben alle geredet und gesagt, jetzt müsse man sich in der Eine-Welt-Arbeit engagieren; wir haben das lange vorher und wirklich mit einem umfassenden Ansatz gemacht. Wir haben einmal im Gemeindefinanzierungsgesetz 50 Pfennig pro Einwohner für Projekte der Agenda 21 oder der Eine-Welt-Arbeit eingestellt. Wir haben zweitens das Programm der Promotoren, die hervorragende Arbeit leisten, aufgelegt. Zum Beispiel die Kampagne "Fairer Handel" ist eine klassische Arbeit, die die Promotoren leisten.

Wir haben z. B. den konkreten Friedensdienst, in dem wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen in Ländern des Südens zu machen. Im Laufe der Jahre haben fast 4.000 junge Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, waren in den Ländern des Südens, kommen mit ihren konkreten Projekterfahrungen, die

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) sie dort gesammelt haben, zurück und leisten damit auch etwas zur zivilen Konfliktbearbeitung.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielleicht darf ich Sie einmal kurz unterbrechen, Frau Ministerin. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist zwar bereits 19:39 Uhr, aber der Geräuschpegel ist unerträglich hoch. Wenn Sie sich etwas zurücknehmen, wird es Ihnen die Rednerin sicherlich danken. - Bitte schön, Frau Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Genau! - Wir machen sehr viel im Bereich der Bildungsarbeit, die absolut notwendig ist.

Wir haben das "Forum Eine-Welt", wir haben den Eine-Welt-Beauftragten, den Eine-Welt-Beirat, um die Verbindung zur Gesellschaft zu schaffen.

Wir haben jetzt die Stiftung "Umwelt und Entwicklung" eingerichtet, und wir geben auch Geld für Eine-Welt-Projekte.

- (B) Das ist auch richtig so. Eben ist von der CDU angesprochen worden, wie es mit dem Modell von Rheinland-Pfalz aussieht, sich z. B. auf ein Land, in diesem Fall auf Ruanda, zu beschränken. Ich muss dazu sagen: Ich habe mich persönlich sehr lange damit beschäftigt, denn die Frage ist doch, ob dies ein Ansatz ist, der auch für uns sinnvoll ist. Ich muss nun persönlich sagen, dass ich den Ansatz nicht unbedingt überzeugend finde. Ich habe mit dem Kollegen darüber gesprochen und habe mir das sehr genau angehört. Es mag spannend sein, wenn sich alle nur auf ein Land konzentrieren. Entscheidend ist nur: Als es Ruanda wirklich dreckig ging - mit den Massakern, bei denen Hunderttausende von Menschen umgebracht worden sind -, ist es Rheinland-Pfalz, obwohl sie in diesem Land so viel gemacht haben, nicht gelungen, helfend einzugreifen. Das bedeutet, dass ich es für sinnvoller halte, Leuchtturmprojekte zu fördern, eben auch dort, wo es Initiativen gibt, die diese Projekte mit ehrenamtlich arbeitenden Gruppen nach vorne bringen.

Meine Damen und Herren, ich bin auch stolz darauf, dass wir es in den letzten beiden Haushalten geschafft haben, leichte Erhöhungen der Mittel im

Eine-Welt-Bereich zu erreichen, dass wir es geschafft haben, auch finanziell ein Zeichen zu setzen.

Sie werden aus dem Bereich "Eine-Welt" in Zukunft noch eine Menge hören. Aber ich glaube, jetzt wollen Sie nach Hause. Deshalb mache ich an diesem Punkt Schluss. Man kann über alles reden, nur zu dieser Tageszeit nicht über fünf Minuten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Höhn. - Noch aber tritt die Ruhepause nicht ein, denn das Wort hat zunächst Frau Thomann-Stahl.

(Unruhe - Edgar Moron [SPD]: Das geht zu weit!)

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Danke schön, Herr Präsident! Frau Koczy, ich lege doch Wert auf die Feststellung, dass ich nicht vorgeschlagen habe - auch die FDP nicht und auch Herr Brockes im Ausschuss nicht -, die Damen und Herren Promotoren abzuschlachten, selbst deswegen nicht, weil das die letzten Verbliebenen sind, die Sie bei den Grünen haben, wenn es Ihnen gelingt, sie zu öffentlich besoldeten Angestellten zu machen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schauen wir mal!)

Wir wollen die Mittel reduzieren, aber die Leute lassen wir gern am Leben. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Diskussion über den Einzelplan 10.

Wir kommen zur **Abstimmung zum Einzelplan 10**, und zwar zunächst über die vorliegenden **Änderungsanträge**. Es sind die in der Übersicht ausgedruckten Anträge mit den Nummern 67 bis 92. Ich bitte also um volle Konzentration, denn das ist ein starkes Bündel.

(Zuruf von der SPD: Am besten en bloc abstimmen! - Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Mehr Demokratie wagen!)

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (A) Ich lasse über den **Antrag Nr. 67** abstimmen. Es ist der Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/1955**; darin geht es um Zuschüsse für BSE-Schnelltestkosten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe **Antrag Nr. 68** auf, einen Antrag der Fraktion der CDU **Drucksache 13/1956**; hier geht es um die Fortführung der Landesgartenschauen. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 69** auf - Antragstellerin ist die FDP -, **Drucksache 13/1957**. Stichwort: Abwendung der Existenzgefährdung als Folge von Naturkatastrophen. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

- (B) Ich rufe den **Antrag Nr. 70** auf. Es ist der Antrag **Drucksache 13/1958** - Streichung der Zuschüsse. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 71** auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1959**. Stichwort: Erhöhte Unterstützung für Landesverbände. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 72** auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1960**. Stichwort: Reduzierung des Ansatzes für den Agenda-Prozess. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 73** auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1961**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für Tiersuchenbekämpfung

und Lebensmittelüberwachung. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Antrag Nr. 74** auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1962**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für Seuchenbekämpfung. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 75** auf. Dies ist ein Antrag der FDP. Das ist die **Drucksache 13/1963**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für konventionellen Landbau. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 76** auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1964**. Stichwort: Reduzierung des Ansatzes. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 77** auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1965**. Stichwort: Beihilfe für Waldbrandversicherung. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 78** auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1966**. Stichwort: Zuschüsse für Betriebe in FFH-Gebieten. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP und einem CDU-Abgeordneten bei Enthaltung der übrigen CDU-Abgeordneten **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 79** auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1967**. Stichwort: Kürzung der Werbemittel. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (A) Stimme? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 80 auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1968**. Stichwort: Informationskampagne "Ökologischer Landbau". Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und zwei CDU-Abgeordneten bei Enthaltung der übrigen CDU-Abgeordneten **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 81 auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1969**. Stichwort: Reduzierung der Werbemittel. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 82 auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1970**. Stichwort: Reduzierung der Ausgaben für Veröffentlichungen. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

- (B)

Ich rufe den **Antrag** Nr. 83 auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1971**. Stichwort: Ausgabereste. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 84 auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1972**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für naturnahe Unterhaltung. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 85 auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1973**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für naturnahe Unterhaltung. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und einiger CDU-

- Abgeordneter bei Enthaltung der übrigen CDU-Abgeordneten **abgelehnt**. (C)

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wer ist einig, und wer ist übrig?)

Ich rufe den **Antrag** Nr. 86 auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1974**. Stichwort: Erhöhung der Mittel für Abwassermaßnahmen. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und eines CDU-Abgeordneten bei Enthaltung der übrigen CDU-Abgeordneten **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 87 auf. Antragstellerin ist die CDU. Das ist die **Drucksache 13/1975**. Stichwort: Reduzierung der Fördermittel. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 88 auf. Antragstellerin ist die FDP. Das ist die **Drucksache 13/1976**. Stichwort: Reduzierung der Mittel für ökologischen Landbau. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und einiger CDU-Abgeordneten bei Enthaltung der übrigen CDU-Abgeordneten **abgelehnt**.

- (D)

Ich rufe den **Antrag** der CDU Nr. 89 auf. Das ist die **Drucksache 13/1977**. Da geht es um die Anpassung der Mittel an den Bedarf in Kapitel 10 080. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Opposition mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

(Jan Söffing [FDP]: Es gibt eine Enthaltung bei der CDU!)

- Ich korrigiere: bei einer Enthaltung von einem CDU-Abgeordneten.

Ich rufe den **Antrag** der FDP Nr. 90 auf. Das ist die **Drucksache 13/1978**. Es geht um die Reduzierung der Förderung des ökologischen Landbaus. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und einiger CDU-

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (A) Abgeordneter bei Enthaltung der übrigen CDU-Abgeordneten **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 91 von der CDU auf. Das ist die **Drucksache 13/1979**. Da geht es um das Agrarinvestitionsförderprogramm. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP und CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 92 auf. Es ist ein CDU-Antrag. Das ist die **Drucksache 13/1980**. Da geht es um die Stärkung der Landwirtschaftskammern. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir haben damit über die Einzelanträge abgestimmt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 10 insgesamt abstimmen, und zwar entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1810**. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Einzelplan 10 **angenommen** und der Beschlussempfehlung entsprochen worden.

(B)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Nummer 6** auf:

Einzelplan 01: Landtag

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1801. - Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 01** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1801**. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit sind die Beschlussempfehlung und der Einzelplan 01 mit den Stimmen aller Fraktionen **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 7** auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

(C)

Ich weise auf die Beschlussempfehlung hin, die Ihnen mit Drucksache 13/1813 zugegangen ist. - Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, so dass wir zur **Abstimmung** kommen.

Ich lasse über den **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1813** abstimmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Wir **unterbrechen** jetzt die **Haushaltsberatungen** in zweiter Lesung und setzen sie morgen früh um 10 Uhr wieder fort. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.57 Uhr

(D)

17. Dezember 2001/Ausgegeben: 19. Dezember 2001

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.